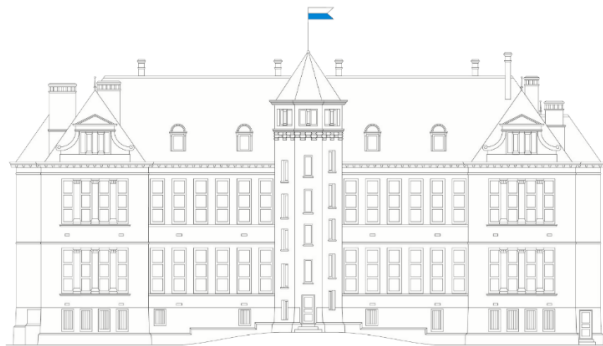


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



<b>Editorial .....</b>	<b>8</b>
<b><i>POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN .....</i></b>	<b><i>9</i></b>
<b>Europäisches Parlament.....</b>	<b>9</b>
Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 08.03.2021 - 11.03.2021 .....	9
Ungarische Fidesz-Partei verlässt die EVP-Fraktion.....	10
Europäisches Parlament hebt Immunität katalanischer Abgeordneten auf.....	11
Europaabgeordnete zum jährlichen Fortschrittsbericht der Kommission: Anerkennung für die Reformen in Albanien .....	11
Europaabgeordnete zum jährlichen Fortschrittsbericht der Kommission: Besorgnis über das Verhältnis Nordmazedoniens und Bulgariens.....	11
Europäisches Parlament benennt Gebäude nach Sophie Scholl .....	12
<b>Institutionelles .....</b>	<b>12</b>
Konferenz zur Zukunft Europas: Einigung der EU-Institutionen auf eine Gemeinsame Erklärung.....	12
Eurobarometer-Sonderumfrage: Starke Unterstützung für die Konferenz zur Zukunft Europas .....	13
Deutschland laut EU-Projekt Hauptziel russischer Desinformation .....	13
<b>Internationale Beziehungen .....</b>	<b>14</b>
Ratspräsident <i>Charles Michel</i> erzielt Vermittlerrolle der EU in Georgien .....	14
<b><i>STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION.....</i></b>	<b><i>15</i></b>
<b>Frontex .....</b>	<b>15</b>
Erste Sitzung der Frontex Scrutiny Working Group des Europäischen Parlaments .....	15
Abschlussbericht der internen Untersuchungskommission zu Pushback-Vorwürfen vorgelegt .....	15
<b>Asyl und Migration .....</b>	<b>16</b>
Migrationspolitische Situation auf den Kanarischen Inseln im LIBE-Ausschuss .....	16
<b>Aufenthaltsrecht .....</b>	<b>16</b>
EuGH-Schlussanträge zum Erfordernis des Nachweises von Deutschkenntnissen für den Bezug von Wohnbeihilfe durch Drittstaatsangehörige .....	16
<b>Visapolitik .....</b>	<b>17</b>
Europäisches Parlament verklagt Kommission wegen mangelnder Visa-Reziprozität zwischen der EU und den USA.....	17
<b>Feuerwehr.....</b>	<b>17</b>
EuGH urteilt zur Einordnung von Bereitschaftszeit als Arbeitszeit.....	17



<b>Datenschutz</b> .....	<b>18</b>
Gemeinsame Stellungnahme des EDSA und EDSB zum Data Governance Act .....	18
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR</b> .....	<b>19</b>
<b>Straßenverkehr</b> .....	<b>19</b>
Kommission veröffentlicht zwei Studien zum Mobilitätspaket I .....	19
Kommission führt Befragung zu intelligenten Fahrtenschreibern durch .....	19
<b>Luftverkehr</b> .....	<b>20</b>
Kommission führt Befragung zu den Leistungszielen für Flugsicherungsdienste durch .....	20
Kommission veröffentlicht Evaluierungsbericht zur Sicherheit im Luftverkehr .....	20
<b>Binnenschifffahrt</b> .....	<b>20</b>
Kommission veröffentlicht Evaluierungsbericht zu Binnenschifffahrtsinformationsdiensten .....	20
<b>Eisenbahnverkehr</b> .....	<b>21</b>
Kommission führt Befragung zur Arbeit der EU-Eisenbahnagentur durch .....	21
<b>Bauen und Wohnen</b> .....	<b>21</b>
Kommission veröffentlicht Evaluierungsbericht zum Urbanen Mobilitätspaket 2013 .....	21
Europäische Woche der Regionen und Städte vom 11.10.2021 - 14.10.2021 .....	22
<b>STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ</b> .....	<b>23</b>
Online-Diskussion zu DSA und DMA mit Bayerns Justizminister <i>Eisenreich</i> und Justizkommissar <i>Reynders</i> .....	23
Informelle Videokonferenz der EU-Justizminister am 11.03.2021 .....	23
Offenlegung von Ertragssteuerinformationen: Trilogverhandlungen können beginnen .....	24
Europäisches Parlament nimmt Bericht zu Sorgfalts- und Rechenschaftspflichten von Unternehmen an .....	24
Pauschalreiserichtlinie: Bericht der Kommission .....	25
Rat genehmigt Aufnahme von Verhandlungen über Abkommen zwischen Eurojust und 13 Drittstaaten .....	25
EuGH urteilte zur Vorratsdatenspeicherung in Estland .....	25
EuGH: Bedenken gegen Besetzung von polnischem Obersten Gericht .....	26
EuGH: Für Einbettung eines Werkes in die Website eines Dritten ist unter bestimmten Bedingungen Zustimmung des Urheberrechtsinhabers notwendig .....	26
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST</b> .....	<b>28</b>
<b>Forschung</b> .....	<b>28</b>
Informelle Videokonferenz des EU-Forschungsministerrats .....	28



<b>Kultur</b> .....	<b>28</b>
Neun EU-geförderte Filme im Wettbewerb der 71. Berlinale vertreten .....	28
<b>STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT</b> .....	<b>29</b>
Kommissionsleitlinien für die nationalen Haushalte: Stabilitäts- und Wachstumspakt bleibt wohl bis 2023 „eingefroren“ .....	29
Jährliche Inflation im Euroraum bleibt im Februar unverändert bei 0,9 % .....	29
<b>EU-Haushalt</b> .....	<b>30</b>
EU-Haushalt: Polen und Ungarn klagen vor dem EuGH gegen die neue Rechtsstaatsklausel.....	30
Europäischer Rechnungshof: Brexit- Anpassungsreserve garantiert Flexibilität, birgt aber Unsicherheiten und Risiken .....	30
<b>Steuer</b> .....	<b>31</b>
Kommission startet zwei neue Konsultationen im Bereich der Steuerpolitik: Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und vereinfachte Verfahren für mehr Steuerehrlichkeit .....	31
Kommission startet neue Initiative „Unternehmensbesteuerung für das 21. Jahrhundert“ .....	31
Kommission genehmigt dänische Steuerstundung zur KMU-Unterstützung in Höhe von 34 Mio. €.....	32
Europäisches Parlament fordert Nachbesserungen für eine stärkere Zusammenarbeit nationaler Finanzbehörden bei der Besteuerung des Online-Handels .....	32
EuGH: Besonderer Einkommensteuersatz für vier spanische Profifußballvereine ist eine unzulässige staatliche Beihilfe .....	33
<b>Wirtschafts- und Währungsunion</b> .....	<b>33</b>
Kommissionsbericht zum Euroraum: Pandemiefolgen, Klimawandel, fiskalpolitische Prognoseunsicherheiten und Währungsunion .....	33
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE</b> .....	<b>34</b>
<b>Wirtschaft mit Binnemarkt und Industrie</b> .....	<b>34</b>
Kommission stellt Digitalen Kompass 2030 vor .....	34
InvestEU: Europäisches Parlament bestätigt politische Einigung .....	34
Kohäsionspolitik: Rat bestätigt Kohäsionspaket auf Botschafterebene .....	34
Europäisches Parlament nimmt Bericht zum CO <sub>2</sub> -Grenzausgleichsmechanismus an .....	35
Europäisches Parlament nimmt Bericht zu Sorgfalts- und Rechenschaftspflichten von Unternehmen an.....	35
Informelle Videokonferenz der Binnenmarkt- und Industrieminister .....	35
Kommission kündigt Notfallinstrument für den Binnenmarkt an .....	36
Leitlinien der Kommission zum Funktionieren des Binnenmarkts.....	36



Kommission startet strukturierten Dialog zur Stärkung der Wertschöpfungskette für die Arzneimittelherstellung .....	37
Nachhaltige Finanzierung: Geltungsbeginn der EU-Offenlegungspflichten für nachhaltige Investitionen .....	37
Nachhaltige Finanzierung: Kommission legt Berichte für Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung vor.....	37
Konsultationen zur Stabilität von Banken und Einlagensicherung .....	38
Konsultation zur Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts auf Tarifverträge für Solo-Selbständige .....	38
Konsultation zur neuen Roamingverordnung.....	39
Regulierung von Berufen: Kommission veröffentlicht Fahrplan für die Aktualisierung der Empfehlungen an die Mitgliedstaaten.....	39
Fahrplan zur Anpassung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung.....	39
Folgenabschätzung für EU-weites System für Sofortzahlungen .....	39
Folgenabschätzung zur Überprüfung der Vorschriften für Zentralverwahrer im Finanzmarktbereich .....	40
EU-Kartellrecht: Förmliche Untersuchung gegen Teva im Zusammenhang mit Multiple Sklerose Medikament .....	40
EU-Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Zusammenschluss von Arzneimittelhändlern .....	40
Brexit-Reserve: Europäischer Rechnungshof veröffentlicht Stellungnahme .....	41
Binnenmarkt für Investmentfonds: Europäischer Rechnungshof bewertet Fortschritte der EU .....	41
<b>Außenwirtschaft.....</b>	<b>41</b>
Informelle Videokonferenz der Handelsministerinnen und -minister .....	41
Airbus/Boeing: EU und USA vereinbaren zeitweise Aussetzung aller Zölle .....	42
EU-USA: Einigung über Abkommen zu Agrarzollkontingenten nach dem Brexit.....	42
Kommission leitet Untersuchung zu Verlängerungen der Schutzmaßnahmen für Stahl ein.....	42
<b>Energie.....</b>	<b>43</b>
Kommission leitet eingehende Untersuchung zur deutschen Entschädigung für den Braunkohleausstieg ein.....	43
Infrastruktur für alternative Kraftstoffe: Kommission veröffentlicht Bericht über den EU-weiten Ausbau.....	43
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ .....</b>	<b>44</b>
<b>Umwelt .....</b>	<b>44</b>
Europäisches Parlament nimmt Bericht zum CO <sub>2</sub> -Grenzausgleichsmechanismus an .....	44
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überprüfung des EU-Rechts über Quecksilber.....	44
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Evaluierung der Badegewässerrichtlinie .....	45
Umweltausschuss nimmt Bericht zur Anpassung der Luftqualitätsrichtlinien an .....	45
EuGH-Urteil zur Auslegung der Vogelschutz- und Habitat-Richtlinie .....	45
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht „Badegewässerbewirtschaftung in Europa“ .....	46



<b>Verbraucherschutz.....</b>	<b>46</b>
Kommission veröffentlicht Jahresbericht zum EU-Schnellwarnsystem „Safety Gate“ .....	46
Delegierte Rechtsakte zur Energieverbrauchskennzeichnung treten in Kraft .....	47
Kommission veröffentlicht Bericht zur Anwendung der Pauschalreiserichtlinie .....	47
EuGH-Urteil zur Zulassung bestimmter Verwendungen von Bleisulfochromatgelb und Bleichromatmolybdatsulfatrot .....	48
Kommission startet Konsultation zur neuen Roamingverordnung.....	48
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN .....</b>	<b>49</b>
Kommission veröffentlicht Studie über Informationsmaßnahmen im Rahmen der GAP .....	49
EU-USA: Einigung über Abkommen zu Agrarzollkontingenten nach dem Brexit.....	49
Kommission veröffentlicht Konsultation über Lebensmittelversorgung in Krisenzeiten .....	50
Kommission veröffentlicht Studie über geografische Angaben und garantiert traditionelle Spezialitäten .....	50
Abkommen zwischen der EU und China zum Schutz geografischer Angaben tritt in Kraft .....	51
Kommission veröffentlicht Entwurf für delegierten Verordnung zu Etikettierungsvorschriften für Spirituosen .....	51
Sieben Länder schließen Nutri-Score-Koalition .....	51
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES .....</b>	<b>53</b>
Kommission veröffentlicht Richtlinienvorschlag zur Stärkung des Grundsatzes der Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen .....	53
Kommission stellt Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte vor .....	53
Kommission präsentiert Empfehlungen zur aktiven Beschäftigungsförderung in der Folge der COVID-19-Krise.....	54
Kommission legt neue Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen vor .....	54
Europäisches Parlament fordert für Menschen mit Behinderungen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt	55
Kommission veröffentlicht Bericht über die Gleichstellung der Geschlechter in der EU .....	55
Arbeitslosenquote im Januar 2021 im Euroraum bei 8,1 % und in der gesamten EU bei 7,3 %.....	56
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE.....</b>	<b>57</b>
Coronavirus: Vierter Impfstoff erhält vorläufige EU-weite Zulassung.....	57
Coronavirus: Kommission verlängert Genehmigungspflicht für Impfstoffexporte.....	57
EuGH urteilt zur Besteuerung von Rabatten im Arzneimittelversandhandel .....	58
Coronavirus: Kommission gibt Vereinbarung mit BioNTech und Pfizer zur Lieferung zusätzlicher Impfstoffdosen bekannt .....	58
EuGH urteilt zu den Qualifikationsanforderungen für verantwortliche Personen in Blutspendeeinrichtungen.....	58
Europäisches Parlament stimmt für das Gesundheitsprogramm „EU4Health“ .....	59
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überprüfung des EU-Rechts über Quecksilber.....	59
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Evaluierung der Badegewässerrichtlinie .....	60



Kommission stellt Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte vor .....	60
EuGH urteilt zur Mehrwertsteuerpflicht von Dienstleistungen im Bereich des Ernährungscoachings .....	61
Kommission startet strukturierten Dialog zur Stärkung der Wertschöpfungskette für die Arzneimittelherstellung .....	61
EuGH urteilt zum partiellen Zugang zu Gesundheitsberufen in anderen Mitgliedstaaten.....	62
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES.....</b>	<b>63</b>
Kommission stellt Digitalen Kompass 2030 vor .....	63
Zwei EU-geförderte Filme auf der Berlinale ausgezeichnet.....	63
Europäischer Datenschutzbeauftragter: Ergänzungen und Klarstellungen für den Verordnungsvorschlag zu Daten-Governance .....	63
Kommission unterstützt drei deutsche Digitalprojekte der öffentlichen Verwaltung.....	64



## EDITORIAL

*Liebe europapolitisch Interessierte!*

Die Corona-Pandemie zeigt uns jeden Tag die besondere Bedeutung der Medien auf. Zuverlässige Informationen sind wichtiger denn je; sie sind die Grundvoraussetzung für ein vertrauensvolles Zusammenleben in einer Demokratie – gerade in einer so schwierigen Zeit wie der aktuellen. Gleichzeitig leiden die Medienschaffenden selbst unter den finanziellen Folgen der Pandemie. Denn Werbeeinnahmen brechen in dramatischem Umfang weg. Angesichts dieses Drucks, der gegenwärtig auf der gesamten Medienbranche lastet, geben in Europa manche Entwicklungen zusätzlich Anlass zu Sorge. Die Plenartagung des Europäischen Parlaments hat sich in dieser Woche mit dieser Thematik intensiv befasst:



In Ungarn existiert ausweislich des im letzten Herbst veröffentlichten Rechtsstaatlichkeitsberichts der Kommission schon seit geraumer Zeit ein „hohes Risiko“ für die Medienvielfalt. Unabhängige Medien werden behindert und eingeschüchtert, die Mitglieder des Direktoriums der Medienaufsicht wurden allesamt von der Regierungsmehrheit ernannt. Zuletzt hat der unabhängige Radiosender Klubrádió keine Verlängerung seiner Lizenz erhalten – die Gründe: fragwürdig.

In Bezug auf Polen kritisierte der Rechtsstaatlichkeitsbericht ebenfalls die mangelnde politische Unabhängigkeit der Medienaufsichtsbehörde. Nun sorgt eine geplante Abgabe auf Werbeeinnahmen privater Medienunternehmen für Aufsehen. Sie wird als unverhältnismäßig kritisiert, da sie sich gezielt gegen unabhängige Medien richtet.

In Bezug auf Polen kritisierte der Rechtsstaatlichkeitsbericht ebenfalls die mangelnde politische Unabhängigkeit der Medienaufsichtsbehörde. Nun sorgt eine geplante Abgabe auf Werbeeinnahmen privater Medienunternehmen für Aufsehen. Sie wird als unverhältnismäßig kritisiert, da sie sich gezielt gegen unabhängige Medien richtet.

Jüngst in den Fokus der europäischen Institutionen gerückt ist Slowenien, insbesondere nachdem der slowenische Premierminister auf den ausführlichen Bericht einer Journalistin über die staatliche Einschüchterung der freien Medien in seinem Land mit der Aussage reagiert hatte, sie sei „instruiert worden, nicht die Wahrheit zu berichten“. Die Kommission erklärte letzte Woche, die Unabhängigkeit der slowenischen Medienaufsichtsbehörde sei aufgrund geringer Ressourcen gefährdet.

Vor diesem Hintergrund hat die Kommission jetzt angekündigt, noch dieses Jahr eine Initiative zum Schutz von Journalisten vorzulegen. Im Plenum des Europäischen Parlaments erklärte Vizepräsidentin *Jourová*, die Kommission werde ihre Kompetenzen im Medienbereich ausschöpfen, um Missständen Einhalt zu gebieten.

Klar ist: Die Pressefreiheit darf nicht ins Hintertreffen geraten. Freie Medien sind ein Grundpfeiler demokratischer Gesellschaften. Sie dürfen nicht schweigen, sie müssen sprechen – auch unbequeme Wahrheiten. Freie Medien müssen in unserem vereinten Europa daher eine Selbstverständlichkeit sein.

*Ihre Melanie Huml*





## POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

### EUROPÄISCHES PARLAMENT

#### Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 08.03.2021 - 11.03.2021

Im Mittelpunkt der Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) stand eine breit angelegte Debatte zur Bedrohung der Medienfreiheit in der EU. Die Abgeordneten forderten die Kommission auf, mehr für den Schutz von Medienschaffenden in Europa zu tun. Freie und unabhängige Medien seien für demokratische Gesellschaften lebenswichtig. Daher müsse ihre Unabhängigkeit von politischer Einmischung sichergestellt werden. Den Rat forderten die Abgeordneten auf, die Verfahren nach Artikel 7 in Bezug auf Ungarn und Polen abzuschließen. EU-Kommissionsvizepräsidentin *Vera Jourová* ermahnte die slowenische Regierung abermals. Es gebe in Slowenien Versuche, die nachhaltige Finanzierung und Unabhängigkeit der nationalen Presseagentur zu untergraben. Häufige Verbalattacken gegen Journalisten seien ein Anlass ernstster Besorgnis.

Weitere wesentliche Inhalte bzw. Ergebnisse der Plenartagung:

- Die Präsidenten des EP und des Rates sowie die Präsidentin der Kommission haben eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die den Grundstein für die Konferenz zur Zukunft Europas legt. Ziel der Konferenz ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger die zukünftige Politik und die Ziele der EU mitgestalten können (siehe eigener Beitrag in dieser Rubrik in diesem EB).
- Das EP fordert ein neues EU-Gesetz, das sicherstellt, dass Unternehmen Verantwortung für Schäden übernehmen, die in ihren Lieferketten entstehen. Unternehmen sollten zur Rechenschaft gezogen und haftbar gemacht werden, wenn sie die Menschenrechte verletzen, die Umwelt schädigen oder die Regeln guter Unternehmensführung missachten.
- Die Abgeordneten haben das neue EU4Health-Programm verabschiedet - mit einem Budget von 5,1 Mrd. €. Es soll die EU in die Lage versetzen, sich besser auf größere Gesundheitsbedrohungen vorzubereiten und erschwingliche Medikamente und medizinische Geräte leichter verfügbar zu machen. Ein Fünftel des Gesamtbudgets ist für die Gesundheitsförderung und die Prävention von Krankheiten vorgesehen.
- Die Abgeordneten haben das neue Programm InvestEU verabschiedet, das öffentliche und private Investitionen in Höhe von rund 400 Mrd. € mobilisieren soll. Das neue Programm sieht eine EU-Garantie in Höhe von etwa 26,2 Mrd. € vor, die es den Investitionspartnern ermöglicht, höhere Risiken einzugehen und Projekte zu unterstützen, die sie sonst vielleicht nicht gefördert hätten. Mindestens 30 % der Investitionen unter InvestEU sollen dafür eingesetzt werden, die EU-Klimaziele zu erreichen.
- Das EP unterstützt die Idee eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystems, das eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf die Einfuhr bestimmter Waren aus Drittländern, in denen weniger strenge Umweltstandards als in der EU gelten, beinhalten könnte. Das Ziel dieser Abgabe ist die Vermeidung von „Carbon Leakage“, bei dem EU-



Unternehmen ihre Produktion in Länder außerhalb der EU verlegen, um die strengeren europäischen Auflagen für Treibhausgasemissionen zu umgehen.

- Die Abgeordneten haben Änderungen am Gesetzentwurf zur Besteuerung von Verkäufen über Online-Plattformen empfohlen, der die Plattformen zur Registrierung in der EU und die Finanzbehörden zum Informationsaustausch verpflichten soll. Sie diskutierten zudem über die OpenLux-Recherchen, die dargelegt haben, wie das luxemburgische Finanzsystem zu Steuervermeidung in ganz Europa führt. Sie forderten die Verschärfung bestehender Verordnungen und die dringende Einführung neuer Verordnungen, zum Beispiel zur länderbezogenen Berichterstattung (country-by-country-reporting).
- In einer Entschließung fordern die Abgeordneten eine integrativere Arbeitspolitik, um Menschen mit Behinderungen einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
- Als Reaktion auf die Rückschritte bei den LGBTIQ-Rechten in einigen EU-Ländern haben die Abgeordneten die EU zur „LGBTIQ-Freiheitszone“ erklärt.
- Das Präsidium des EP hat zu Beginn der Plenarwoche zudem beschlossen, zwei seiner Gebäude in Brüssel umzubenennen: Ein Gebäude wird nach der deutschen Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus *Sophie Scholl* benannt, ein anderes nach der spanischen Rechtsanwältin, Politikerin und Frauenrechtlerin *Clara Campoamor* (siehe eigener Beitrag in dieser Rubrik in diesem EB).

Die nächste Plenartagung des EP findet vom 26.04.2021 - 29.04.2021 statt.

[Pressemitteilungen des EP zu den Ergebnissen der Plenartagung](#)

### Ungarische Fidesz-Partei verlässt die EVP-Fraktion

Die zwölf Abgeordneten der ungarischen Fidesz-Partei verlassen die Fraktion der christdemokratischen Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament. Dies teilte der ungarische Ministerpräsident und Fidesz-Vorsitzende *Viktor Orbán* am 03.03.2021 in einem Schreiben an den EVP-Fraktionsvorsitzenden *Manfred Weber* (CSU) mit. Am gleichen Tag hatte die EVP-Fraktion für eine Änderung der Geschäftsordnung gestimmt, die eine generelle Suspendierung der Mitgliedschaft der Fidesz-Gruppe in der Fraktion ermöglicht hätte. Der Fidesz-Vorsitzende *Orbán* hatte bereits am 28.02.2021 in einem Brief an *Weber* damit gedroht, die Fidesz-Abgeordneten aus der Fraktion zurückzuziehen, falls die Fraktion die Änderung der Geschäftsordnung billigen sollte. Mit dem Austritt der Fidesz-Abgeordneten kam *Orbán* nun einer Abstimmung über die Suspendierung der Fidesz-Gruppe zuvor. Die Beendigung der Fidesz-Mitgliedschaft in der EVP-Fraktion setzt einen Schlusspunkt unter den jahrelangen Streit, den *Orbán* mit der EVP ausgefochten hatte. Auf Parteiebene ist die Fidesz-Mitgliedschaft in der EVP bereits seit dem Jahr 2019 suspendiert, u. a. wegen Verstößen gegen EU-Grundwerte sowie wegen Verbalattacken gegen den damaligen Kommissionspräsidenten *Jean-Claude Juncker*. Zur Fraktion gehörten die Fidesz-Abgeordneten bis zu ihrem jetzigen Austritt weiter.



[Tweet der Fidesz-Vizevorsitzenden \*Katalin Novak\* mit dem Schreiben von \*Viktor Orban\* an \*Manfred Weber\*  
Pressemitteilung der EVP zur Änderung der Geschäftsordnung](#)

### Europäisches Parlament hebt Immunität katalanischer Abgeordneten auf

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat am 09.03.2021 auf Antrag des spanischen Obersten Gerichts mehrheitlich die Aufhebung der Immunität des ehemaligen katalonischen Regionalpräsidenten *Carles Puigdemont* und seiner früheren Minister *Toni Comín* und *Clara Ponsatí* beschlossen. Die spanische Justiz wirft den drei Europaabgeordneten im Zusammenhang mit der Organisation des verfassungswidrigen Unabhängigkeitsreferendums im Jahr 2017 „Rebellion“ und die Veruntreuung öffentlicher Mittel vor. Mit der Aufhebung der Immunität ist aber noch nicht über die Auslieferung auf Basis der bestehenden Europäischen Haftbefehle entschieden; dies obliegt der belgischen Justiz. Im Fall eines weiteren Beschuldigten haben belgische Gerichte eine Auslieferung u. a. mit der Begründung abgelehnt, das spanische Oberste Gericht sei nicht zuständig für die Ausstellung Europäischer Haftbefehle. Diese Entscheidung möchte die spanische Justiz offenbar vor dem EuGH anfechten, die drei katalanischen Abgeordneten sollen Entsprechendes erwägen.

[Artikel in "Politico"](#) (in englischer Sprache)

### Europaabgeordnete zum jährlichen Fortschrittsbericht der Kommission: Anerkennung für die Reformen in Albanien

In dem am 04.03.2021 angenommenen Bericht des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET) des Europäischen Parlaments (EP) begrüßen die Abgeordneten das klare Bekenntnis Albaniens zur europäischen Integration und unterstützen den Beginn der Beitrittsverhandlungen. Fortschritte für den EU-Beitritt hingen aber nach wie vor von tiefgreifenden Reformen in grundlegenden Bereichen ab. Die Justizreform sei in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung sowie die verstärkte Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sowie gute nachbarschaftliche Beziehungen. Die Abgeordneten lobten die Entscheidung der EU-27, Beitrittsverhandlungen zu eröffnen, da der Integrationsprozess ein wichtiger Katalysator für Reformen sei. Man unterstütze die baldige Einberufung der ersten Regierungskonferenz als formellen Beginn der Verhandlungen. Die albanischen Parlamentswahlen am 25.04.2021 werden ein Schlüssel dafür sein, um die demokratischen Verfahren und Strukturen des Landes zu beweisen. Der Bericht wurde mit 62 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

[Albanien: Bericht des EP zum jährlichen Erweiterungspakets 2020](#)

### Europaabgeordnete zum jährlichen Fortschrittsbericht der Kommission: Besorgnis über das Verhältnis Nordmazedoniens und Bulgariens

In dem am 04.03.2021 angenommenen Bericht des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET) des Europäischen Parlaments (EP) betonen die Abgeordneten, dass die EU einen klaren politischen Willen zeigen



solle und die erste Regierungskonferenz mit Nordmazedonien abhalten sollte. Dies sollte so schnell wie möglich geschehen, um die Glaubwürdigkeit des Beitrittsprozesses zu bestätigen und um die erreichte Versöhnung in der Region nicht zu gefährden. Hervorgehoben wurde zudem die kooperative und konstruktive Herangehensweise Nordmazedoniens während der Verhandlungen über das [Prespa-Abkommen](#) und den Vertrag über gute Nachbarschaft mit Bulgarien. Man bedauere, dass beide Länder sich noch nicht über anstehende bilaterale Fragen geeinigt haben. Beide werden aufgefordert, einen Kompromiss mit konkreten Maßnahmen zu finden. Unabhängig davon begrüßen die Abgeordneten den Beitritt Nordmazedoniens zur NATO am 27.03.2020. Die Angleichung an die [GASP](#) solle weitergeführt werden, insbesondere mit Blick auf die restriktiven Maßnahmen gegen Russland. Der Bericht wurde mit 61 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

[Nordmazedonien: Bericht des EP zum jährlichen Erweiterungspakets 2020](#)

### Europäisches Parlament benennt Gebäude nach Sophie Scholl

Das Präsidium des Europäischen Parlaments (EP) hat am Internationalen Frauentag, dem 08.03.2021, beschlossen, eines seiner Gebäude in der Rue Wiertz 30 - 50 in Brüssel nach *Sophie Scholl* zu benennen. Das Gebäude befindet sich direkt neben dem Plenargebäude des EP und nur etwa 300 Meter entfernt von der Bayerischen Vertretung. *Sophie Scholl* wurde gemeinsam mit ihrem Bruder *Hans Scholl* am 18.02.1943 im Alter von 21 Jahren verhaftet, als die Geschwister an der Ludwig-Maximilians-Universität in München gegen das nationalsozialistische Regime gerichtete Flugblätter der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ verteilten. Vier Tage später wurden die Geschwister *Scholl* gemeinsam mit ihrem Mitstreiter *Christoph Probst* hingerichtet.

Ein weiteres Gebäude in der Rue Montoyer 63 in Brüssel soll laut Beschluss vom selben Tag nach *Clara Campoamor* benannt werden, einer Leitfigur der spanischen Frauenwahlrechtsbewegung; ihr Wirken trug dazu bei, dass das Frauenwahlrecht in der spanischen Verfassung von 1931 verankert wurde.

[Pressemitteilung des EP](#)

## INSTITUTIONELLES

### Konferenz zur Zukunft Europas: Einigung der EU-Institutionen auf eine Gemeinsame Erklärung

Am 10.03.2021 haben die Präsidentin der Europäischen Kommission, *Ursula von der Leyen*, der Präsident des Europäischen Parlaments (EP), *David Sassoli*, und der portugiesische Premierminister *António Costa* - dessen Land die rotierende EU-Ratspräsidentschaft innehat – die gemeinsame Erklärung zur Konferenz über die Zukunft Europas feierlich unterzeichnet. Ziel ist es, den EU-Bürgern ein größeres Mitspracherecht bei Zukunftsfragen zu geben. In der vergangenen Woche hatten die Konferenz der Präsidenten des EP sowie der Rat die gemeinsame Erklärung gebilligt. Die Leitung der Konferenz liegt bei einem gemeinsamen Vorsitz der Präsidenten *von der Leyen*, *Sassoli* und *Charles Michel*; die Geschäftsführung bei einem Exekutivausschuss mit je drei Vertretern jeder der drei EU-Institutionen und bis zu je vier Beobachtern. Für das EP finden somit



alle sieben derzeitigen Fraktionen eine Berücksichtigung. Für die Konferenzleitung und -steuerung gelten die Grundsätze der Gleichberechtigung der drei EU-Institutionen. Die Konferenz soll am Europatag, 09.05.2021 offiziell beginnen und bis zum Frühjahr 2022 zu Ergebnissen kommen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Eurobarometer-Sonderumfrage: Starke Unterstützung für die Konferenz zur Zukunft Europas**

Am 10.03.2021 haben das Europäische Parlament (EP) und die Kommission die erste im gemeinsamen Auftrag durchgeführte Eurobarometer-Sonderumfrage „Zukunft Europas“ veröffentlicht. Zentrale Botschaft der Umfrage ist, dass 92 % der Befragten eine stärkere Berücksichtigung ihrer Stimme bei Entscheidungen über die Zukunft Europas wünschen. Laut dieser EU-weiten-Umfrage sind drei Viertel der EU-Bürger der Ansicht, dass die Zukunftskonferenz positive Auswirkungen auf die Demokratie in der EU haben wird. Die Hälfte der Befragten teilt die Ansicht, dass Menschen aus allen Gesellschaftsschichten aktiv einbezogen werden sollten. Ebenso viele möchten sich selbst aktiv einbringen, wobei die Befragten in Irland am meisten Engagement zeigen (81 %) und in Bulgarien und Portugal am wenigsten (34 %). Die Pandemie sei für sechs von zehn Europäerinnen und Europäern Anlass gewesen, über die Zukunft der EU nachzudenken. Die Umfrage wurde vom 22.10.2020 - 20.11.2020 in den 27 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Insgesamt wurden über 27.000 Personen befragt.

[Pressemitteilung des EP](#)

### **Deutschland laut EU-Projekt Hauptziel russischer Desinformation**

Das vom Europäischen Auswärtigen Dienst betriebene Projekt „EUvsDisinfo“ hat am 09.03.2021 einen Bericht veröffentlicht, wonach Deutschland seit Ende 2015 (dem Beginn des Projekts) im Fokus einer Desinformationskampagne des Kremls steht. Der jüngste Abschnitt der Kampagne, die über die Jahre mehr als 700 Fälle zählen soll (zum Vergleich: Frankreich mehr als 300 Fälle), soll demnach nach dem Besuch des Außenbeauftragten *Borrell* in Moskau Anfang Februar begonnen haben. So wurde in staatlichen russischen Medien das Tätigwerden deutscher Polizeibeamter gegen russische Staatsangehörige in Deutschland als willkürliche Reaktion auf die Verhaftung des Oppositionspolitikers *Alexej Nawalny* gebrandmarkt. Zudem sollte dessen Ehefrau mittels eines gefälschten Personalausweises als deutsche Staatsangehörige diskreditiert werden, die sich in Deutschland womöglich „Instruktionen“ abhole. Der Bericht kommt zu dem Schluss, der Kreml nutze durch eine Doppelstrategie von Desinformation und erklärter Dialogbereitschaft den auf europäischer und deutscher Seite bestehenden Willen zum Dialog aus.

[Bericht des Projekts "EUvsDisinfo"](#)



## INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

### Ratspräsident *Charles Michel* erzielt Vermittlerrolle der EU in Georgien

EU-Ratspräsident *Charles Michel* hatte in der ersten Märzwoche mehrere persönliche Gespräche mit Staats- und Regierungschefs der Östlichen Partnerschaft. Am 01.03.2021 besuchte er Georgien. Dabei entstand eine Vermittlerrolle der EU. So sprach er nicht nur mit Premierminister *Irakli Garibashvili*, sondern auch mit den Spitzen der georgischen Opposition. Im Ergebnis stimmten beiden Seite erstmals einer Vermittlung zu. In Abstimmung von Ratspräsident *Charles Michel* mit dem Hohen Vertreter der EU, *Josep Borrell*, wurde der Schwede [Christian Danielsson zum Sonderbeauftragten der EU](#) zur Fortführung der Vermittlungen berufen. Er ist derzeit Leiter der Vertretung der Kommission in Schweden. Zuvor war er mehrere Jahre Generaldirektor für EU-Erweiterung und Nachbarschaftspolitik. Hintergrund der georgischen Regierungskrise ist die Blockadehaltung der Opposition seit den Wahlen im Oktober 2020, deren Ergebnis sie nicht anerkennt. Eskaliert ist die Blockade durch die Festnahme des Oppositionspolitikers *Nika Melia* Ende Februar 2021.

[Pressemitteilung des Rats zum Besuch in Georgien](#)



## STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

### FRONTEX

#### Erste Sitzung der Frontex Scrutiny Working Group des Europäischen Parlaments

Am 04.03.2021 tagte zum ersten Mal die fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments (EP) – die Frontex Scrutiny Working Group (FSWG) – zu den Anschuldigungen der Beteiligung von Frontex an illegalen Pushbacks (EB 04/2021). Frontex-Exekutivdirektor *Leggeri* informierte darüber, dass voraussichtlich Ende März ein neuer Grundrechtsbeauftragter („fundamental rights officer“) ernannt sowie die ersten 15 der 40 Grundrechtsüberwacher („fundamental rights monitors“) eingestellt würden. Der abschließende Bericht der Frontex-internen Untersuchungskommission zu den Pushback-Vorwürfen werde am 05.03.2021 vorgelegt (siehe hierzu gesonderter Beitrag in diesem EB). *Leggeri* hoffe auf eine langfristige Zusammenarbeit mit der FSWG; er sicherte Zugang zu erforderlichem Datenmaterial zu. EU-Kommissarin *Johansson* würdigte Frontex als „wichtigste Agentur der EU“, bemängelte aber, der interne Untersuchungsprozess habe viel zu lange gedauert, was dem Ruf der Agentur geschadet habe. Mit Macht und Personal- wie Finanzausstattung gehe auch Verantwortung und Kontrolle einher.

Die nächste Sitzung der FSWG wird noch vor der Osterpause stattfinden.

[Sitzung der FSWG vom 04.03.2021](#)

#### Abschlussbericht der internen Untersuchungskommission zu Pushback-Vorwürfen vorgelegt

Am 05.03.2021 wurde der Abschlussbericht der Frontex-internen Untersuchungskommission zu den Vorwürfen der Beteiligung an illegalen Pushbacks im Rahmen der Sitzung des Frontex-Verwaltungsrats vorgelegt. Der Verwaltungsrat betont, dass rund 28.000 Personen im Rahmen der von Frontex koordinierten gemeinsamen Operationen gerettet wurden. Acht der insgesamt 13 untersuchten Vorfälle wurden dahingehend geklärt, dass keine Drittstaatsangehörigen unter Verletzung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung zurückgewiesen wurden. Das entspricht dem Ergebnis des vorläufigen Berichts vom 20./21.01.2021 (EB 02/2021). In Bezug auf die übrigen fünf Vorfälle konnte der Sachverhalt nicht zweifelsfrei aufgeklärt werden. Der Verwaltungsrat fordert in seinen Schlussfolgerungen u. a. eine Überarbeitung des Meldesystems sowie die unverzügliche Einstellung der 40 Grundrechtsüberwacher („fundamental rights monitors“). Der Exekutivdirektor wird ersucht, einen Vorschlag für die Einrichtung eines transparenten Verfahrens zur Weiterverfolgung von Berichten über schwerwiegende Vorfälle im Zusammenhang mit möglichen Grundrechtsverletzungen vorzulegen.

[Schlussfolgerungen der Sitzung des Verwaltungsrats am 05.03.2021](#) (in englischer Sprache)





## ASYL UND MIGRATION

### Migrationspolitische Situation auf den Kanarischen Inseln im LIBE-Ausschuss

Am 01.03.2021 wurde die migrationspolitische Situation auf den Kanarischen Inseln im LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) zusammen mit EU-Kommissarin *Johansson* diskutiert. Allein im Jahr 2020 seien rd. 23.000 Migranten auf den Kanaren angekommen, auch weiterhin sei ein signifikanter Anstieg der Ankünfte zu verzeichnen. Dabei sei die Migrationsroute über den Atlantik eine der gefährlichsten und tödlichsten, werde aber auch aufgrund pandemiebedingter Grenzsicherungen verstärkt genutzt und von Schleppern organisiert. EU-Kommissarin *Johansson* betonte, die EU habe 70 Mio. € an finanzieller Nothilfe zur Verfügung gestellt, auch die EU-Agenturen leisteten vor Ort Unterstützung. Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) hat mittlerweile ein Team von Aufnahmeexperten auf die Kanarischen Inseln entsandt. Die Nothilfe sei hauptsächlich in die Errichtung von fünf vorübergehenden Aufnahmeeinrichtungen für 7.000 Migranten geflossen. *Ángel Víctor Torres*, Präsident der Kanarischen Inseln, forderte einen Umverteilungsmechanismus innerhalb der EU und obligatorische Solidarität aller EU-Mitgliedsstaaten; die EU trage eine gemeinsame Verantwortung. Besonderer Unterstützung bedürften die vielen unbegleiteten Minderjährigen.

[Sitzung des LIBE-Ausschusses vom 01.03.2021](#)

[Pressemitteilung EASO vom 10.03.2021](#) (in englischer Sprache)

## AUFENTHALTSRECHT

### EuGH-Schlussanträge zum Erfordernis des Nachweises von Deutschkenntnissen für den Bezug von Wohnbeihilfe durch Drittstaatsangehörige

In der Rechtssache C-94/20 zum Erfordernis des Nachweises von Deutschkenntnissen für den Bezug von Wohnbeihilfe durch Drittstaatsangehörige hat Generalanwalt *Hogan* am 02.03.2021 vor dem EuGH seine Schlussanträge gehalten. Einem entsprechenden Vorabentscheidungsersuchen des Landesgerichts Linz liegt der Sachverhalt eines türkischen Staatsangehörigen – zugleich langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger – zugrunde, der zwar Deutsch auf dem für den Bezug von Wohnbeihilfe nach nationalem Recht verlangten Niveau beherrscht, aber über keinen entsprechenden formellen Nachweis verfügt. Nach Ansicht des Generalanwalts ist der gleichberechtigte Zugang langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger zu angemessenem Wohnraum der Schlüssel zu ihrer Integration, die Wohnbeihilfe daher „Kernleistung“ im Sinne des Art. 11 Abs. 4 der Daueraufenthaltsrichtlinie (RL 2003/109/EG). Art. 11 der Richtlinie stehe daher nationalen Rechtsvorschriften entgegen, die es Unionsbürgern, Angehörigen eines EWR-Staats und Familienangehörigen ermöglichen, eine Sozialleistung in Form der Wohnbeihilfe ohne Nachweis von Sprachkenntnissen in Anspruch zu nehmen, während langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige einen bestimmten förmlichen Nachweis grundlegender Kenntnisse der deutschen Sprache erbringen müssen.

Die Schlussanträge des Generalanwalts sind nicht bindend.





[Schlussanträge vom 02.03.2021 in der Rechtssache C-94/20](#)

## VISAPOLITIK

### Europäisches Parlament verklagt Kommission wegen mangelnder Visa-Reziprozität zwischen der EU und den USA

Das Europäische Parlament (EP) verklagt die Kommission wegen mangelnder Visa-Reziprozität zwischen der EU und den USA vor dem EuGH. Das gab Parlamentssprecher *Jaume Duch* am 04.03.2021 via Twitter bekannt. Der Rechtsausschuss des EP hatte sich am 01.03.2021 dafür ausgesprochen, die Kommission vor dem EuGH zu verklagen, weil es ihr nicht gelungen sei, eine echte Gegenseitigkeit der Visafreiheit zwischen der EU und den Vereinigten Staaten zu erreichen. Die USA verlangen weiterhin Visa von vier EU-Mitgliedstaaten (Kroatien, Rumänien, Bulgarien und Zypern) bei Einreise, während die EU allen US-Bürgern Visafreiheit gewährt. Die Kommission betonte am 02.03.2021, dass die Aussetzung der Visafreiheit für US-Bürger schwerwiegende Folgen für die transatlantischen Beziehungen hätte. Sie stellte auch fest, dass die Visa-Verordnung ihr erlaubt, diesen Aspekt zu berücksichtigen.

[Tweet Parlamentssprecher \*Jaume Duch\* vom 04.03.2021](#)

[Entschließung des EP vom 22.10.2020](#)

[Pressestatement der Kommission vom 02.03.2021](#)

## FEUERWEHR

### EuGH urteilt zur Einordnung von Bereitschaftszeit als Arbeitszeit

In den Rechtssachen C-344/19 und C-580/19 zur Einordnung der Bereitschaftszeit als Arbeitszeit hat der EuGH am 09.03.2021 das Urteil erlassen. Der Rechtssache C-580/19 liegt der Sachverhalt eines Feuerwehrmanns der Stadt Offenbach am Main zugrunde, der neben seiner regulären Dienstzeit regelmäßig Bereitschaftszeiten in Form von Rufbereitschaft leisten musste. Wenngleich er während dieser Zeit nicht verpflichtet war, sich an einem vom Arbeitgeber bestimmten Ort aufzuhalten, musste er erreichbar und in der Lage sein, im Alarmfall innerhalb von 20 Min. in seiner Einsatzkleidung und mit dem Einsatzfahrzeug die Stadtgrenzen zu erreichen. Laut EuGH fallen Bereitschaftszeiten – einschließlich Rufbereitschaft – nur dann vollumfänglich unter „Arbeitszeit“, wenn die auferlegten Einschränkungen die Möglichkeit der freien Zeitgestaltung objektiv ganz erheblich beeinträchtigen. Es sei Sache der nationalen Gerichte, eine Gesamtwürdigung aller Umstände des Einzelfalls vorzunehmen. Dabei seien u. a. folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Die Frist, innerhalb derer der Arbeitnehmer seine Arbeit aufzunehmen hat;
- Gewährte Erleichterungen (z. B. Bereitstellung eines Dienstfahrzeugs);
- Die durchschnittliche Häufigkeit der während der Bereitschaftszeit geleisteten Einsätze.

[Pressemitteilung EuGH vom 09.03.2021](#)



## DATENSCHUTZ

### Gemeinsame Stellungnahme des EDSA und EDSB zum Data Governance Act

Am 10.03.2021 veröffentlichten der Europäische Datenschutzausschuss (EDSA) und der Europäische Datenschutzbeauftragte (EDSB) eine gemeinsame Stellungnahme zum Vorschlag eines Data Governance Act vom 25.11.2020 (EB 19/2020), der darauf abzielt, die Verfügbarkeit von Daten zu fördern, indem das Vertrauen in Datenmittler gestärkt und Mechanismen zur gemeinsamen Nutzung von Daten in der EU ausgebaut werden. In der gemeinsamen Stellungnahme wird das legitime Ziel anerkannt, die Bedingungen für den Datenaustausch im Binnenmarkt zu verbessern. Gleichzeitig aber ist der Schutz personenbezogener Daten ein wesentliches Element für das Vertrauen in die digitale Wirtschaft. Die Mitgesetzgeber werden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass der Data Governance Act vollumfänglich mit den EU-Rechtsvorschriften zum Schutz personenbezogener Daten übereinstimmt. In Bezug auf die Anbieter von Datenaustauschdiensten wird hervorgehoben, dass eine Kontrolle gewährleistet werden müsse. Der „Datenaltruismus“ müsse besser definiert und so organisiert werden, dass Einzelpersonen ihre Zustimmung problemlos erteilen, aber auch zurückziehen können (siehe hierzu Beitrag des StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung EDSA und EDSB vom 10.03.2021](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

### STRAßENVERKEHR

#### Kommission veröffentlicht zwei Studien zum Mobilitätspaket I

Am 19.02.2021 hat die Kommission zwei Studien zu den Auswirkungen der Reform der Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr („Mobilitätspaket I“) veröffentlicht (EB 12/20). Diese betreffen gemäß der Verordnung (EU) 2020/1055 die Rückkehrpflicht für Lkw alle acht Wochen in ihr Heimatland sowie die Anwendung von Kabotagequoten im grenzüberschreitenden kombinierten Verkehr, die ab dem 21.02.2022 gelten werden (EB 22/19). Die beiden Bestimmungen wurden vor der Verabschiedung des „Mobilitätspakets I“ keiner Folgenabschätzung unterzogen.

Die erste Studie zur Rückkehrpflicht für Lkw kommt zum Ergebnis, dass es im wahrscheinlichsten Szenario durch die zusätzlichen Fahrten im Jahr 2023 zu einem Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 2,9 Mio t kommen könnte. Die zweite Studie zu den Kabotagequoten schätzt, dass bei einer umfassenden Anwendung der Regelungen durch die Mitgliedstaaten mit einem Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 397.000 t zu rechnen sei. Zudem werden negative Auswirkungen auf den Schienenverkehr und den intermodalen Verkehr beschrieben.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse beider Studien könnten die neuen Regelungen zu bis zu 3,3 Mio. t an CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Jahr zusätzlich führen. Hinzu kommen bis zu 704 t NO<sub>x</sub> und 251 t Feinstaub. Aufbauend auf diesen Ergebnissen möchte die Kommission in den Dialog mit den EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament (EP) treten, um gemeinsam eine Lösung bei der Erreichung der Ziele des „Green Deals“ zu entwickeln.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Studie zur Rückkehrpflicht für Lkw](#) (in englischer Sprache)

[Studie zu Kabotagequoten](#) (in englischer Sprache)

[Verordnung \(EU\) 2020/1055](#)

#### Kommission führt Befragung zu intelligenten Fahrtenschreibern durch

Bis zum 25.03.2021 führt die Kommission eine Befragung zum Entwurf einer Durchführungsverordnung zu intelligenten Fahrtenschreibern durch. Damit soll die Durchführungsverordnung (EU) 2016/799 zur Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 165/2014 zur Festlegung der Vorschriften über Bauart, Prüfung, Einbau, Betrieb und Reparatur von Fahrtenschreibern und ihren Komponenten ergänzt werden. Die intelligenten Fahrtenschreiber sollen u. a. die Überwachung der Lenk- und Ruhezeiten für Lkw-Fahrer und die Durchsetzung der Kabotage-Vorschriften verbessern, die Position der Fahrzeuge an Grenzübergängen aufzeichnen sowie eine Manipulation der Aufzeichnungen verhindern. Die intelligenten Fahrtenschreiber werden ab August 2023 in Fahrzeuge eingebaut. Eine Annahme der Durchführungsverordnung durch die Kommission ist für drittes Quartal 2021 geplant.



[Konsultation der Kommission](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2016/799](#)

## LUFTVERKEHR

### Kommission führt Befragung zu den Leistungszielen für Flugsicherungsdienste durch

Bis zum 15.03.2021 führt die Kommission eine Befragung zum Durchführungsbeschluss zu den Leistungszielen für Flugsicherungsdienste für den Zeitraum 2020 - 2024 durch. Damit soll der Durchführungsbeschluss (EU) 2019/903 zur Festlegung unionsweit geltender Leistungsziele für das Luftverkehrsmanagementnetz ergänzt werden. Ziel ist es, die Pünktlichkeit von Flügen zu erhöhen, effizientere Flugverbindungen zu fördern und höchste Sicherheitsstandards zu gewährleisten. Eine Annahme der Durchführungsverordnung durch die Kommission ist für zweites Quartal 2021 geplant.

[Konsultation der Kommission](#)

[Durchführungsbeschluss \(EU\) 2019/903](#)

### Kommission veröffentlicht Evaluierungsbericht zur Sicherheit im Luftverkehr

Am 17.02.2021 hat die Kommission ihren Bericht zur Evaluierung der Verordnung (EU) Nr. 376/2014 über die Meldung, Analyse und Weiterverfolgung von Ereignissen in der Zivilluftfahrt veröffentlicht. Im Ergebnis zeigte die Evaluierung die Relevanz der Verordnung für die Sicherheit im Luftverkehr. Durch diese wird gewährleistet, dass sicherheitsrelevante Ereignisse gemeldet, gespeichert und ausgetauscht werden. Gleichzeitig wurden mehr Ereignisse in besserer Datenqualität gemeldet. Kritisch sieht der Bericht teilweise die Analyse und Weiterverfolgung von Ereignissen durch die Mitgliedstaaten. Auch der Schutz der Meldenden wird als wichtiges Handlungsfeld benannt. Zudem werden künftig mehr Ereignisse durch den zunehmenden Einsatz von Drohnen erwartet.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Zusammenfassung des Evaluierungsberichtes](#)

[Evaluierungsbericht](#) (in englischer Sprache)

[Verordnung \(EU\) Nr. 376/2014](#)

## BINNENSCHIFFFAHRT

### Kommission veröffentlicht Evaluierungsbericht zu Binnenschiffahrtsinformationsdiensten

Am 25.02.2021 hat die Kommission ihren Bericht zur Evaluierung der Richtlinie 2005/44/EG über harmonisierte Binnenschiffahrtsinformationsdienste (RIS) veröffentlicht. Die Evaluierung kommt zu dem Ergebnis, dass die Standardisierung und Harmonisierung zu den Hauptvorteilen der Richtlinie zählen. Die RIS-Richtlinie hat insbesondere die Digitalisierung in der Binnenschiffahrt gefördert. Eine öffentliche Konsultation ergab, dass die



RIS-Richtlinie weiterhin relevant sei, um eine Fragmentierung durch nationale Ansätze zu vermeiden. Die Evaluierung sieht jedoch auch Herausforderungen bei der weiteren Harmonisierung. Es müsse insbesondere der regulatorische Aufwand bei der Annahme technischer Standards verringert werden. Zudem soll künftig neben der Verbesserung der Sicherheit im Schiffsverkehr auch die Vernetzung zu anderen Verkehrsträgern stärker gefördert werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Zusammenfassung des Evaluierungsberichtes](#)

[Evaluierungsbericht](#) (in englischer Sprache)

[Richtlinie 2005/44/EG](#)

## EISENBAHNVERKEHR

### Kommission führt Befragung zur Arbeit der EU-Eisenbahnagentur durch

Bis zum 29.03.2021 führt die Kommission eine Befragung zur Arbeit der EU-Eisenbahnagentur (ERA) durch, die im Zeitraum von 2016 - 2021 bewertet werden soll. Die ERA ist für die Ausstellung von Sicherheitsbescheinigungen und Fahrzeuggenehmigungen sowie die Gewährleistung eines interoperablen Eisenbahnverkehrsleitsystems verantwortlich. Zudem soll zur technischen Harmonisierung und zur Digitalisierung der Eisenbahn in der EU beigetragen werden. Für das vierte Quartal 2021 plant die Kommission eine öffentliche Konsultation durchzuführen. Die Endfassung des Bewertungsberichtes soll im zweiten Quartal 2022 vorgelegt werden.

[Konsultation der Kommission](#)

## BAUEN UND WOHNEN

### Kommission veröffentlicht Evaluierungsbericht zum Urbanen Mobilitätspaket 2013

Am 26.02.2021 hat die Kommission ihren Bericht zur Evaluierung der Mitteilung der Kommission für eine wettbewerbsfähige und ressourceneffiziente Mobilität in der Stadt („Urbanes Mobilitätspaket“) aus dem Jahr 2013 veröffentlicht. Im Ergebnis zeigt die Evaluierung die hohe Relevanz städtischer Mobilitätsplanung. Gleichzeitig müsse diese an die heutigen technologischen, sozialen, ökologischen und gesundheitspolitischen Realitäten angepasst werden. Neben den Herausforderungen der COVID-19-Pandemie für den ÖPNV und die Bewältigung von Staus und Verkehrsunfällen betrifft dies vor allem das beschleunigte Tempo des Klimawandels und die Digitalisierung. Mit den ambitionierten Zielen des Europäischen „Green Deals“ und der EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität müsse auch die städtische Mobilität neu gedacht werden. Wichtige Kriterien seien Nachhaltigkeit, Zugänglichkeit, Erschwinglichkeit und soziale Inklusion. Eine öffentliche Konsultation kommt zum Ergebnis, dass das Urbane Mobilitätspaket künftig stärker die Bedürfnisse der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigen und einen größeren Fokus auf den ÖPNV und die aktive Mobilität legen müsse.



[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Zusammenfassung des Evaluierungsberichtes](#)

[Evaluierungsbericht](#) (in englischer Sprache)

[Mitteilung der Kommission zum Urbanen Mobilitätspaket 2013](#)

### **Europäische Woche der Regionen und Städte vom 11.10.2021 - 14.10.2021**

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) und die Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission (GD REGIO) richten vom 11.10.2021 - 14.10.2021 die 19. Europäische Woche der Regionen und Städte aus. Unter dem Motto „Zusammen für den Wiederaufschwung“ werden die Themen grüner Wandel, Kohäsion und Kooperation, digitale Transformation und Bürgerbeteiligung adressiert. Bis zum 26.03.2021 besteht die Möglichkeit, sich als Veranstaltungspartner online zu bewerben.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Bewerbungsformular als Veranstaltungspartner](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

---

### [Online-Diskussion zu DSA und DMA mit Bayerns Justizminister \*Eisenreich\* und Justizkommissar \*Reynders\*](#)

Am 10.03.2021 diskutierte Bayerns Justizminister *Eisenreich* mit einem hochrangigen Expertengremium zum „Digital Services Act“ (DSA) und „Digital Market Act“ (DMA) im Rahmen des Formats „Bayern in Europa – online“ der Bayerischen Vertretung in Brüssel. Teilnehmer der rechtspolitischen Big Data-Debatte waren Justizkommissar *Didier Reynders*, die Europaabgeordneten *Markus Ferber* (CSU) und *Tiemo Wölken* (SPD), als Vertreterin der großen Internetkonzerne *Aura Salla* (Facebook) sowie der Journalist und Blogger *Richard Gutjahr*. Die geltende E-Commerce-Richtlinie ist mittlerweile 20 Jahre alt. Ein Erdgeschichtsalter in der digitalen Welt. DSA und DMA sind wichtige Initiativen, um auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren. *Eisenreichs* zentrale Botschaft: „Unsere Welt ist digital. Online-Plattformen sind Teil unseres täglichen Lebens. Aber einige Plattform-Anbieter haben sich zu Monopolisten entwickelt. Das führt zu digitaler Abhängigkeit, und gefährdet unsere Demokratie, unseren Wohlstand, unsere Privatsphäre. Nur mit strengen Regeln für monopolartige Plattformen können wir einen fairen Wettbewerb ermöglichen, unsere Demokratie und unsere Werte schützen sowie Hate Speech wirksam bekämpfen.“

[Pressemitteilung des StMJ](#)

### [Informelle Videokonferenz der EU-Justizminister am 11.03.2021](#)

Am 11.03.2021 fand eine informelle Videokonferenz der EU-Justizminister u. a. zur Vorratsdatenspeicherung und zur Europäischen Staatsanwaltschaft statt. In Bezug auf die Vorratsdatenspeicherung sprach sich eine breite Mehrheit der Mitgliedstaaten für einen gemeinsamen europäischen Rechtsrahmen aus, da er nationalstaatliche Fragmentierung vermeide. EU-Kommissar *Reynders* bot an, in einem ersten Schritt den Mitgliedstaaten eine Orientierung darüber zu geben, wie Vorratsdatenspeicherung unter Zugrundelegung der Rechtsprechung des EuGH ermöglicht werden könnte. Im Hinblick auf die Europäische Staatsanwaltschaft mahnte EU-Kommissar *Reynders* einen schnellen Start an. Am wichtigsten sei nun eine zügige Benennung der delegierten Staatsanwälte seitens der Mitgliedstaaten bis April, nachdem es in einigen Mitgliedstaaten Verzögerungen gegeben habe. Als Zwischenlösung sei denkbar, zwar mit Staatsanwälten aus allen teilnehmenden Mitgliedstaaten, aber mit einer begrenzten Anzahl der insgesamt 140 zu benennenden Staatsanwälte zu beginnen. Jedenfalls solle die Europäische Staatsanwaltschaft noch im ersten Halbjahr 2021 einsatzbereit sein.

Weitere Themen der informellen Videokonferenz waren die Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Rechtsberufe, die Bekämpfung illegaler Online-Inhalte im Kontext des Digital Services Act und die Digitalisierung der Justiz.

[Sitzungsergebnisse des informellen Justizrats vom 11.03.2021](#) (in englischer Sprache)





### Offenlegung von Ertragssteuerinformationen: Trilogverhandlungen können beginnen

Am 03.03.2021 erteilten die Botschafter der Mitgliedstaaten der portugiesischen Ratspräsidentschaft den Auftrag, Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament (EP) zur Offenlegung von Ertragssteuerinformationen (sog. Public Country-by-Country Reporting) aufzunehmen. Vorgegangen war eine Aussprache während der informellen Videokonferenz des Rats für Wettbewerbsfähigkeit am 25.02.2021. Hier hatte eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten einen Kompromissvorschlag der portugiesischen Präsidentschaft unterstützt (EB 04/21). Strittig war zwischen den Mitgliedstaaten bis zuletzt die Rechtsgrundlage des Vorschlags. Am 04.03.2021 erhielten auch die Verhandlungsführer des EP, MdEP *Evelyn Regner* (S&D/AUT) und MdEP *Ibán García Del Blanco* (S&D/ESP) offiziell grünes Licht für die Aufnahme von interinstitutionellen Verhandlungen. Damit können knapp fünf Jahre nachdem die Kommission einen entsprechenden Vorschlag gemacht hatte, die Trilogverhandlungen beginnen. Ziel ist es, durch mehr Transparenz bei den Unternehmen eine öffentliche Kontrolle zu ermöglichen, ob Steuern dort gezahlt werden, wo Gewinne entstehen. Dazu sollen multinationale Unternehmen, die über einen weltweiten konsolidierten Nettoumsatz von über 750 Mio. € verfügen, verpflichtet werden, einen länderspezifischen Ertragssteuerinformationsbericht zu veröffentlichen. Dies soll für alle Unternehmen gelten, die in der EU Geschäfte betreiben, unabhängig von ihrem Sitz.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

### Europäisches Parlament nimmt Bericht zu Sorgfalts- und Rechenschaftspflichten von Unternehmen an

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) stimmte am 11.03.2021 für den Initiativbericht von *Lara Wolters* (S&D/NLD) zu Sorgfalts- und Rechenschaftspflichten von Unternehmen (Stichwort: Lieferketten). Die Abgeordneten fordern, dass Unternehmen verpflichtet werden, negativen Auswirkungen auf Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte und die Umwelt in ihrer gesamten Lieferkette zu identifizieren und anzugehen. Die neuen Sorgfalts- und Rechenschaftspflichten sollen dabei nicht nur für große Unternehmen gelten, sondern auch für börsennotierte kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) und KMU mit hohem Risiko. Ein Änderungsantrag, der sämtliche KMU vom Anwendungsbereich ausnehmen wollte, war mehrheitlich abgelehnt worden. Die Pflichten sollen für alle Unternehmen gelten, die auf dem EU-Binnenmarkt tätig sind. Der Bericht sieht auch Sanktionen sowie eine zivilrechtliche Haftung von Unternehmen vor, die ihren Sorgfaltspflichten nicht nachkommen. Der künftige Gesetzgebungsakt soll zudem wirksame Rechtsbehelfe für Opfer in Drittstaaten vorsehen. Auch fordern die Abgeordnete ergänzende Maßnahmen wie das Verbot der Einfuhr von Produkten, die mit schweren Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsarbeit oder Kinderarbeit im Zusammenhang stehen. Der Abstimmung war eine Debatte im Plenum am 08.03.2021 vorausgegangen. Dabei hatte sich Justizkommissar *Reynders* auch zu den Plänen der Kommission geäußert. Ein Gesetzesvorschlag der Kommission wird im Juni 2021 erwartet. Derzeit führt die Kommission eine Folgenabschätzung durch.





[Presseerklärung des EP vom 10.03.2021](#) mit Verweis auf den angenommenen Bericht (in englischer Sprache)

### **Pauschalreiserichtlinie: Bericht der Kommission**

Am 01.03.2021 legte die Kommission einen Bericht über die Pauschalreiserichtlinie vor. Darin wird Bilanz gezogen über die Anwendung der Richtlinie seit ihrem Inkrafttreten im Juli 2018. Dabei wird insbesondere der Insolvenzschutz mit Blick auf die Thomas-Cook-Pleite im Jahr 2019 bewertet, ebenso wie die Herausforderungen, die sich während der COVID-19 Krise ergeben haben. So geht aus dem Bericht beispielsweise hervor, dass „tausende Reisende, deren Reisen aufgrund der COVID-19-Pandemie annulliert werden mussten, nachweislich keine Erstattung innerhalb von 14 Tagen“ erhalten hatten. In der Neuen Verbraucheragenda im November 2020 hatte die Kommission angekündigt, bis 2022 eine eingehende Analyse durchzuführen, um zu bewerten, ob der derzeitige Rechtsrahmen für Pauschalreisen weiterhin einen soliden und umfassenden Verbraucherschutz gewährleistet. Dabei sollen auch die Entwicklungen im Bereich der Fluggastrechte Berücksichtigung finden.

[Bericht vom 26.02.2021 über die Anwendung der Pauschalreiserichtlinie](#)  
[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Rat genehmigt Aufnahme von Verhandlungen über Abkommen zwischen Eurojust und 13 Drittstaaten**

Am 01.03.2021 ermächtigte der Rat die Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen zwischen der EU und insgesamt 13 Drittstaaten über die Zusammenarbeit mit Eurojust. Bereits im November 2020 hatte die Kommission hierzu Empfehlungen vorgelegt. Die Kommission hatte sich darin für die Aufnahme von Verhandlungen mit zehn Mitgliedstaaten ausgesprochen. Dabei handelte es sich um Länder im Nahen Osten und in Nordafrika (EB 19/20). Der Rat beschloss nun, zusätzlich zu den von der Kommission vorgeschlagenen Drittstaaten auch Verhandlungen mit Argentinien, Kolumbien und Brasilien aufzunehmen. Derzeit hat Eurojust Kooperationsvereinbarung mit zwölf Drittstaaten: Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Georgien, Island, Liechtenstein, Moldawien, Norwegen, Schweiz, Ukraine und den USA.

[Pressemitteilung von Eurojust](#) (in englischer Sprache)

### **EuGH urteilte zur Vorratsdatenspeicherung in Estland**

Am 02.03.2021 urteilte der EuGH erneut zur Vorratsdatenspeicherung (VDS). Zugrunde lag ein Fall aus Estland. Dem Angeklagten wird in einem Strafverfahren mehrfacher Diebstahl, Betrug und Gewalttaten vorgeworfen. Als Beweismittel dienten insbesondere Protokolle, die die Ermittlungsbehörde anhand personenbezogener Daten erstellten. Die Ermittler hatten die Daten mit Genehmigung der Staatsanwaltschaft bei einem Kommunikationsdienstleister angefordert. Der EuGH betonte erstens erneut, dass der Zugang zu



Verkehrs- oder Standortdaten, die Informationen über die von einem Nutzer eines elektronischen Kommunikationsmittels getätigten Kommunikationen oder über den Standort der von ihm verwendeten Endgeräte liefern und genaue Schlüsse auf sein Privatleben zulassen können, nur zur Bekämpfung schwerer Kriminalität zulässig ist. Zweitens entschied er, dass eine Staatsanwaltschaft keinen Zugang zu Verkehrs- und Standortdaten zu gewähren kann. Vielmehr bedürfe es hierfür eine gerichtliche Entscheidung.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Urteil des EuGH \(Rs. C-746/18\)](#)

### **EuGH: Bedenken gegen Besetzung von polnischem Obersten Gericht**

Am 02.03.2021 entschied der EuGH, dass das Verfahren zur Besetzung des Obersten Gerichts in Polen mangels effektiver gerichtlicher Kontrolle der Entscheidungen des Landesjustizrats (KRS) gegen EU-Recht verstoßen könnte. Zudem liege ein Verstoß gegen Art. 267 AEUV vor, wenn der EuGH an der Ausübung seiner Vorabentscheidungskompetenz gehindert werden sollte. Eine Entscheidung darüber muss nun noch das polnische Gericht treffen, das den EuGH angerufen hatte. Im Fall eines Verstoßes verpflichte der Grundsatz des Vorrangs des Unionsrechts das nationale Gericht, solche Änderungen unangewendet zu lassen. Im konkreten Fall geht es um eine Neuerung von 2019 betreffend die Auswahl von Bewerbern für Richterstellen am polnischen Obersten Gericht. Sie besagt u. a., dass Richter keinen Widerspruch mehr einlegen können, wenn der Landesjustizrat (KRS) sie beim Auswahlverfahren für die Besetzung von Richterstellen am Obersten Gericht nicht berücksichtigt. Noch anhängige Beschwerden wurden für erledigt erklärt. Fünf Richter hatten sich dagegen vor Gericht gewehrt.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Urteil des EuGH \(Rs. C-824/18\)](#)

### **EuGH: Für Einbettung eines Werkes in die Website eines Dritten ist unter bestimmten Bedingungen Zustimmung des Urheberrechtsinhabers notwendig**

Am 09.03.2021 entschied der EuGH über die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen Framing der Erlaubnis des Urheberrechtsinhabers bedarf. Das Framing bezeichnet das Einbetten fremder, zuvor anderswo publizierter Inhalt auf der eigenen Website. Dem Vorabentscheidungsersuchen zugrunde liegt ein Streit zwischen der VG Bild-Kunst, einer Gesellschaft zur kollektiven Wahrnehmung von Urheberrechten an Werken der bildenden Künste, und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Die Stiftung will eine Online-Plattform für Kultur und Wissen anbieten, auf der über Links digitalisierte Inhalte abrufbar gemacht werden, die in den Webportalen der zuliefernden Einrichtungen gespeichert sind. Auf der Plattform selbst sollen nur Vorschaubilder gespeichert werden. Die Stiftung möchte hierfür einen Nutzungsvertrag mit der VG Bild-Kunst abschließen. Diese macht den Abschluss allerdings davon abhängig, dass die Stiftung wirksame technische Maßnahmen ergreift, um die Vorschaubilder gegen Framing durch Dritte zu schützen. Auf eine Vorlage des BGH hin entschied der EuGH nun, dass die Einbettung eines Werks in die Webseite eines Dritten im Wege des Framings eine „öffentliche



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU**  
**Nr. 05/2021 vom 12.03.2021**



Wiedergabe“ im Sinne von Art. 3 Abs. 1 Urheberrechts-Richtlinie darstellt, wenn sie unter Umgehung von Schutzmaßnahmen gegen Framing erfolgt. In diesem Fall bedürfe sie der Erlaubnis des betreffenden Rechteinhabers.

[Rechtssache C-392/19 VG Bild-Kunst / Stiftung Preußischer Kulturbesitz](#)

[Pressemitteilung](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

### FORSCHUNG

#### Informelle Videokonferenz des EU-Forschungsministerrats

Am 26.02.2021 fand eine informelle Videokonferenz der europäischen Forschungsministerinnen und -minister statt. Im Vordergrund des Treffens stand eine Orientierungsaussprache zu Synergien zwischen den Wiederaufbau- und Resilienzplänen (Recovery and Resilience Plans, RRP) und dem Europäischen Forschungsraum. Es bestand Einigkeit, dass Investitionen und Reformen im Zusammenhang mit Forschungs- und Innovationssystemen in den nationalen RRP angemessen berücksichtigt werden sollten. So möchte Deutschland die Mittel aus den RRP vor allem für Projekte im Zusammenhang mit Wasserstoff, Clouds und Mikroelektronik verwenden sowie damit den Umstieg auf Elektrofahrzeuge und kleine und mittlere Unternehmen fördern.

Zudem wurde der Ministerrat über mehrere aktuelle Vorhaben der Kommission unterrichtet. So wurde u. a. der aktuelle Stand der Arbeit des neueingerichteten „ERA Forums for Transition“ dargelegt. Das Gremium ist maßgeblich an der Erarbeitung eines Vorschlags für einen Pakt für Forschung und Innovation beteiligt, der im Juli 2021 vorgelegt werden und das Kernstück des künftigen Steuerungsrahmens für den Europäischen Forschungsraum bilden soll. Außerdem wurde ein Vorschlag für eine europäische Forschungs- und Innovationspartnerschaft für Pandemievorsorge im Rahmen von Horizont Europa angekündigt, die helfen soll, die europäische Reaktion auf Pandemien im Bereich Forschung und Innovation besser zu koordinieren.

[Informationen des Rates](#)

### KULTUR

#### Neun EU-geförderte Filme im Wettbewerb der 71. Berlinale vertreten

Unter den Wettbewerbsfilmen der diesjährigen 71. Berlinale, die wegen der Pandemielage vom 01.03.2021 - 05.03.2021 zunächst als rein digitales Event durchgeführt wurde, waren neun Filme vertreten, die durch das EU-Kulturförderprogramm Kreatives Europa mit insgesamt 750.000 € unterstützt wurden. Drei davon nahmen am Wettbewerb für den Goldenen Bären teil: „Memory Box“ von *Joana Hadjithomas* und *Khalil Joreige*, „Nebenan“ von *Daniel Brühl* sowie „Natural Light“ von *Dénes Nagy*. Letzterer erhielt schließlich einen Silbernen Bären für die Beste Regie. Der Spezialpreis der Jury ging an „Taste“ von *Lê Bảo* (siehe hierzu auch Beitrag des StMD in diesem EB).

[Informationen der Kommission](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

### Kommissionsleitlinien für die nationalen Haushalte: Stabilitäts- und Wachstumspakt bleibt wohl bis 2023 „eingefroren“

Am 03.03.2021 legte die Kommission die Mitteilung „[Ein Jahr seit dem Ausbruch von COVID-19: die fiskalpolitische Reaktion](#)“ zur Haushaltspolitik vor. Sie möchte den Mitgliedstaaten grobe Leitlinien für die nationalen Haushalte 2022 und auf mittlere Sicht geben. Die Corona-Krise erfordere glaubwürdige Fiskalpolitiken, die die kurzfristigen Pandemiefolgen angehen und die wirtschaftliche Erholung stützen, – ohne mittelfristig die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gefährden. Die Kommission warnt vor verfrühter Rücknahme der fiskalischen Unterstützung; diese solle 2021 und 2022 fortgeführt werden. Sobald die Gesundheitsrisiken nachlassen, solle die Haushaltspolitik nach und nach weg von Nothilfen auf zielgenauere, zukunftsorientiertere Maßnahmen umschwenken. Zudem sollten die Mitgliedstaaten mit dem Eintreten der Wirtschaft und einzelner Sektoren in die Erholungsphase aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verstärken und rentablen, aber anfälligen Unternehmen gezielt die Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebs und die Anpassung von Geschäftsmodellen erleichtern. Höhere Investitionen sollten laut Kommission haushaltspolitisch Vorrang haben und der Übergang zu einer grünen, digitalen Wirtschaft unterstützt werden. Zum Stabilitäts- und Wachstumspakt würden die Indikatoren aktuell nahelegen, die Ausweichklausel ab 2023 zu deaktivieren – also die Grenzwerte von 3 % für das öffentliche Defizit und 60 % für die Verschuldungsquote bis dahin ausgesetzt zu lassen.

[Pressemitteilung der Kommission zu ihren Leitlinien für die Fiskalreaktion auf die COVID-19-Pandemie vom 03.03.2021](#)

### Jährliche Inflation im Euroraum bleibt im Februar unverändert bei 0,9 %

Wie das statistische Amt der EU, Eurostat, am 02.03.2021 [mitteilte](#), verharrte im Februar 2021 die jährliche Inflationsrate im Euroraum laut Schnellschätzung bei dem auch im Januar (EB 03/21) gemessenen Wert von 0,9 %. Demgegenüber hatten Fachleute für Februar eine Zunahme des Inflationsdrucks im Euroraum erwartet: Die von Dow Jones Newswires befragten Volkswirte hatten eine Jahreststeuerung von 1,0 % prognostiziert. Eurostat schätzt bei den Hauptkomponenten der Inflation im Euroraum, dass die Warengruppe Lebensmittel, Alkohol und Tabak im Februar wieder die höchste jährliche Rate aufweist – 1,4 %, gegenüber 1,5 % im Januar. Danach würden Dienstleistungen mit 1,2 % (1,4 % im Januar) und Industriegüter ohne Energie mit 1,0 % (1,5 % im Januar) folgen. Die Energiepreise sanken allerdings weiter, und zwar um 1,7 % im Vergleich zum Februar 2020 (-4,2 % im Januar). In Deutschland blieb die jährliche Inflation laut Eurostat im Februar mit 1,6 % gleich gegenüber Januar, und die monatliche betrug 0,6 % (1,4 % im Januar). Die niedrigste Inflationsrate der 19 Euro-Länder erwartet Eurostat für Griechenland (-1,9 %). Es folgen Slowenien mit einer Rate von -1,1 % und Zypern mit -0,9 %. Die höchste Inflation hätten im Februar die Niederlande (1,9 %), Deutschland und Italien (1,0 %) verzeichnet.



## EU-HAUSHALT

### EU-Haushalt: Polen und Ungarn klagen vor dem EuGH gegen die neue Rechtsstaatsklausel

Am 11.03.2021 sind beim EuGH zwei Klagen Polens und Ungarns gegen die [Verordnung über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des EU-Haushalts](#) vom 16.12.2020 eingegangen (Az. C-156/21 (Ungarn) u. C-157/21 (Polen)). Danach soll der EuGH prüfen, ob der neue Mechanismus zur Kürzung von EU-Geldern bei bestimmten Rechtsstaatsverstößen der Mitgliedstaaten zulässig ist. Polen und Ungarn hatten ihre Klagen bereits Ende letzten Jahres angekündigt. Sie argumentieren u. a., dass die angefochtene Verordnung gegen die EU-Verträge verstößt und die Kompetenzen der Mitgliedstaaten beeinträchtigt. Denn die Schwelle für Sanktionen wegen der Verletzung von EU-Grundwerten sei in der neuen Rechtsstaatsklausel niedriger als etwa bei dem bereits bestehenden Rechtsstaatsverfahren nach Art. 7 EUV. Inhaltlich befürchten die zwei Mitgliedstaaten wohl, dass der Rechtsstaatsmechanismus darauf abzielt, ihnen wegen umstrittener politischer Projekte EU-Mittel zu kürzen. Beide Länder erhalten netto hohe Milliardenbeträge aus dem EU-Haushalt und gegen beide läuft derzeit bereits ein Rechtsstaatsverfahren nach Art. 7 EUV wegen mutmaßlicher Missachtung von EU-Grundwerten. Dessen Abschluss im Rat war bislang unmöglich, weil Polen und Ungarn sich dort gegenseitig unterstützen. Befürworter des Mechanismus betonen, die Regierungen beider Länder könnten EU-Gelder eventuell dazu nutzen, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abzubauen.

### Europäischer Rechnungshof: Brexit- Anpassungsreserve garantiert Flexibilität, birgt aber Unsicherheiten und Risiken

Am 01.03.2021 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (ERH) eine [Stellungnahme](#) zu dem [Kommissionsvorschlag](#) zur Einrichtung einer Reserve für die Anpassung an den Brexit vom 25.12.2020 (EB 02/21). Diese sog. Brexit-Anpassungsreserve (BAR) soll als Solidaritätsinstrument Mitgliedstaaten, Regionen und Wirtschaftsbereiche der EU, die der EU-Austritt des Vereinigten Königreichs besonders betrifft, mit insgesamt 5 Mrd. € in 2018-Preisen unterstützen. Die Zuweisung der Anteile an die Mitgliedsstaaten soll auf einer Schätzung der wirtschaftlichen Brexit-Folgen basieren und in zwei Tranchen stattfinden. Der ERH erkennt darin, dass 80 % der BAR bereits 2021 als Vorfinanzierung zugewiesen werden sollen, zunächst große Flexibilität für die Mitgliedsstaaten bei den genauen Projekten und Maßnahmen sowie schnelle Reaktionsmöglichkeiten bei sich ändernden Umständen. Der hohe Vorfinanzierungsanteil könnte aber laut ERH auch Unsicherheiten und Risiken bergen: So gehe der Vorfinanzierung z. B. keine genaue Prüfung voraus, welche Regionen und Sektoren betroffen seien und welche Maßnahmen angewendet würden. Dies schaffe das Risiko, dass die BAR für Maßnahmen verwendet werden, die sich letztlich als nicht förderfähig herausstellen. Auch kritisiert der ERH die fehlende Begründung des Förderzeitraums von Juli 2020 bis Dezember 2022, der zudem nicht auf seine Zweckmäßigkeit untersucht worden sei.



## STEUER

### **Kommission startet zwei neue Konsultationen im Bereich der Steuerpolitik: Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und vereinfachte Verfahren für mehr Steuerehrlichkeit**

Am 10.03.2021 leitete die Kommission zwei öffentliche Konsultationen ein, die Maßnahmen aus ihrem [Aktionsplan für eine faire und einfache Besteuerung](#) vom 15.07.2020 (EB 13/20) enthalten. In beiden Verfahren nimmt die Kommission Rückmeldungen bis zum 02.06.2021 online oder per E-Mail entgegen. Eine [Konsultation](#) betrifft die erneute Überarbeitung der Richtlinie zur Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (Directive on Administrative Cooperation, DAC8). Diese wäre aus Kommissionssicht ggf. auf Krypto-Vermögenswerte und elektronisches Geld zu erweitern. Denn fehlende Informationen der nationalen Steuerbehörden hierzu und ungleiche Sanktionsmechanismen könnten strengere Regelungen für die behördliche Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in diesem neuen Bereich erfordern, um Steuerhinterziehung und -betrug einzudämmen. Die zweite [Konsultation](#) soll Informationen über Probleme erbringen, mit denen die Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit direkten Steuern – hauptsächlich der Einkommensteuer – derzeit konfrontiert seien, wenn sie ihre Freiheiten für grenzüberschreitende Tätigkeiten wahrnehmen. Auch soll sie dazu dienen, Informationen über bestimmte Fragen zu indirekten Steuern (Mehrwertsteuer) zu sammeln, die insbesondere kleine und mittlere Unternehmen betreffen. Ihre Ergebnisse sollen in eine Empfehlung der Kommission mit einer Bestandsaufnahme der Rechte der Steuerzahler einfließen, die für das dritte Quartal 2021 geplant ist.

### **Kommission startet neue Initiative „Unternehmensbesteuerung für das 21. Jahrhundert“**

Am 04.03.2021 veröffentlichte die Kommission eine neue [Initiative](#) zur „Unternehmensbesteuerung für das 21. Jahrhundert“. Der aktuelle Rahmen der Unternehmensbesteuerung passe nicht zu den Realitäten einer globalisierten, digitalisierten Wirtschaft. Noch weniger eigne er sich für kommende Herausforderungen wie Klimawandel und Bevölkerungsalterung. Es brauche das richtige steuerliche Umfeld, um das Wachstum der EU-Wirtschaft zu unterstützen und sicherzustellen, dass alle an den Vorteilen teilhätten. Kurz- bis mittelfristig bedeute dies gleiche Bedingungen für alle Unternehmen, die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf dem Weltmarkt, Vermeidung unnötiger Verwaltungskomplexität und Gewährleistung von Steuersicherheit. Auch seien ausreichende, nachhaltige Mittel für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sowie für die Unterstützung von Regionen, Wirtschaftszweigen und denjenigen, die von den Veränderungen am stärksten betroffen seien, zu sichern. Mittel- bis langfristig seien die europäischen Steuersysteme anzupassen. Dazu schlage die Kommission vor, eine mittelfristige Vision und Maßnahmen für die Unternehmensbesteuerung in der EU festzulegen. Sie möchte Bilanz der OECD-Arbeiten zur Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung ziehen und diese mit EU-Maßnahmen verknüpfen. Bis 01.04.2021 nimmt die Kommission [online](#) Rückmeldungen zu ihrem Fahrplan entgegen. Für das zweite Jahresquartal plant sie eine Mitteilung, ohne rechtlichen Vorschlag.





### **Kommission genehmigt dänische Steuerstundung zur KMU-Unterstützung in Höhe von 34 Mio. €**

Wie die Kommission am 05.03.2021 [mitteilte](#), hat sie eine dänische Steuerstundungsregelung in Höhe von 34,3 Mio. € – 255 Mio. Dänische Kronen – für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) genehmigt, die vom Ausbruch des Coronavirus betroffen sind. Dies geschah auf Basis des [Befristeten EU-Beihilferahmens](#). Die staatliche Unterstützung erfolgt über eine zinslose Kreditfazilität für die Zahlung der für die KMU im März 2021 fälligen Mehrwertsteuer (MwSt) – d. h. der MwSt, die kleine Unternehmen für ihre Tätigkeit im gesamten Jahr 2020 und mittlere Unternehmen für das dritte sowie vierte Quartal 2020 schulden. Ziel der dänischen Regelung sei, die Liquiditätsengpässe derjenigen KMU zu lindern, die von den wirtschaftlichen Pandemiefolgen stark betroffen sind, und ihnen so zu helfen, ihre Tätigkeit fortzusetzen. Laut Kommission steht diese Regelung mit dem Befristeten EU-Beihilferahmen in Einklang. Dazu hielt sie insbesondere fest, dass die Form der Beihilfe einer Steuerstundung entspreche, die Beihilfe vor dem 31.12.2021 gewährt werde und die gestundeten Beträge spätestens am 01.02.2022 gezahlt würden. Die dänische Maßnahme stehe u. a. im Einklang mit Art. 107 Abs. 3 Buchst. b AEUV und sei erforderlich, angemessen sowie verhältnismäßig, um eine beträchtliche Störung im Wirtschaftsleben Dänemarks zu beheben. Die nicht vertrauliche Fassung ihrer Entscheidung wird die Kommission über das [Beihilfenregister](#) auf ihrer [Wettbewerbswebsite](#) unter der Nummer SA.61943 zugänglich machen.

### **Europäisches Parlament fordert Nachbesserungen für eine stärkere Zusammenarbeit nationaler Finanzbehörden bei der Besteuerung des Online-Handels**

Am 10.03.2021 [verabschiedete](#) das Europäische Parlament (EP) mit großer Mehrheit Änderungsvorschläge zum Richtlinienentwurf der Kommission zur besseren Verwaltungszusammenarbeit bei der Besteuerung (Directive on Administrative Cooperation, DAC7): mit 568 Ja-Stimmen bei 63 Nein-Stimmen und 64 Enthaltungen. Das EP fordert Nachbesserungen zur Nachverfolgung und Besteuerung von Online-Verkäufen. Laut der von Berichterstatter MdEP [Sven Giegold](#) (GRÜNE/EFA/DEU) ausgearbeiteten Stellungnahme sollen digitale Plattformen angeben müssen, wie viel die Verkäufer von Waren und Dienstleistungen auf ihren Webseiten jeweils verdienen. Die nationalen Steuerbehörden sollen die Informationen dann verpflichtend miteinander teilen. Auch sollen laut EP Online-Plattformen aus Drittstaaten verpflichtet werden, sich in einem Mitgliedstaat, in dem sie wesentliche wirtschaftliche Aktivitäten entfalten, zu registrieren und dort ihre Aktivitäten zu melden. Für Meldeverstöße sollen Plattformen nach Ansicht des EP EU-weit einheitlich bestraft werden. Weiter fordert das EP, Steuerbehörden, die um Informationen über ein Unternehmen gebeten wurden, müssten binnen drei Monaten antworten, nicht sechs. Bis Ende 2022 solle die Kommission zur Umsetzung dieses Verfahrens und Qualität des Informationsaustausches in jedem Mitgliedstaat berichten. Der Rat [nahm](#) jedoch seinen Standpunkt zu DAC7 bereits im Dezember 2020 an, so dass durch die EP-Vorschläge keine Änderungen mehr am Richtlinienentwurf zu erwarten sein dürften.





### **EuGH: Besonderer Einkommensteuersatz für vier spanische Profifußballvereine ist eine unzulässige staatliche Beihilfe**

Wegen der spanischen Steuerregelung für vier Profifußballvereine bestätigte der EuGH mit [Urteil](#) vom 04.03.2021 die Beihilfeentscheidung der Kommission und hob daher das erstinstanzliche Urteil des Gerichts der Europäischen Union (EuG) auf ([Rechtssache C-362/19 P](#), Europäische Kommission / Fútbol Club Barcelona). Die Kommission hatte 2016 ein spanisches Gesetz, das vier Vereinen durch einen besonderen Steuersatz auf ihre Einkünfte einen Vorteil bei der Körperschaftsteuer gewährt, als rechtswidrige und mit dem Binnenmarkt unvereinbare Beihilfe eingeschätzt. Hintergrund war, dass 1990 alle spanischen Profisportvereine sich in Sport-Aktiengesellschaften umwandeln mussten – außer denen, die in den Geschäftsjahren zuvor einen Überschuss erwirtschaftet hatten. Diese Ausnahme erfasste u. a. den Fútbol Club Barcelona (FCB), den Club Atlético Osasuna (Pamplona), den Athletic Club (Bilbao) und den Real Madrid Club de Fútbol, die so einem niedrigeren Steuersatz als die Aktiengesellschaften unterlagen. Der Klage des FCB gegen den Kommissionsbeschluss hatte das EuG mit [Urteil](#) 2019 wegen unzureichenden Nachweises der wirtschaftlichen Vorteile durch die Kommission stattgegeben. Der EuGH ist nun jedoch der Ansicht, dass der Beschluss nur die spanische Beihilferegulung an sich, nicht aber die Einzelbeihilfen betraf – und die Kommission damit die nötigen Nachweise erbracht hatte. Damit wies er die Klage des FCB rechtskräftig ab. Nun muss Spanien die Regelung aufheben und von den Begünstigten die einzelnen Beihilfen zurückfordern.

## **WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION**

### **Kommissionsbericht zum Euroraum: Pandemiefolgen, Klimawandel, fiskalpolitische Prognoseunsicherheiten und Währungsunion**

Am 26.02.2021 veröffentlichte die Kommission ihren jüngsten [Bericht](#) zum Euroraum. Darin behandelt sie die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, den Klimawandel sowie die fiskalpolitische Bedeutung von Prognoseunsicherheiten und eine Bilanz des Euro. Als Pandemiefolgen benennt der Bericht sowohl Risiken durch eine Unterauslastung von Arbeitskraft und Kapital, Insolvenzen, fehlende private Investitionen und unterbrochene Wertschöpfungsketten als auch Chancen durch den digitalen und grünen Wandel. Infolge des Klimawandels seien deutlich stärkere negative wirtschaftliche Auswirkungen möglich als bisher vorhergesagt; auf der anderen Seite würde eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung zu dessen Begrenzung wohl eher nur moderate negative Folgen für die Wirtschaft haben. In der Untersuchung zur EU-Fiskalpolitik hätten Datenanalysen große Unsicherheiten in Form von Prognosefehlern gezeigt, die fiskalpolitische Anpassungen der Mitgliedsstaaten beeinflussen würden. Daher finden diese Anpassungen laut Bericht oft gar nicht, zu spät oder nur bei positiven wirtschaftlichen Veränderungen statt. In ihrer aktuellen Bilanz des Euros führt die Kommission Vorteile wie leichtere grenzüberschreitende Transaktionen, erhöhte Preistransparenz, mittelfristige Preisstabilität und mögliche Risikoteilung an. Dem vollen Nutzen der Währungsunion stehe jedoch weiter der unvollständige Binnenmarkt entgegen. Als eine negative Auswirkung des Euros dürften zudem Schuldenanhäufungen bestimmter Mitgliedstaaten vor der globalen Finanzkrise ab 2007/2008 nicht übersehen werden.



## STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

### WIRTSCHAFT MIT BINNEMARKT UND INDUSTRIE

#### Kommission stellt Digitalen Kompass 2030 vor

Die Kommission hat am 09.03.2021 eine Mitteilung für einen europäischen Weg zu einem erfolgreichen digitalen Wandel bis 2030 vorgelegt. Ziel der EU ist, digitale Souveränität zu erreichen in einer offenen, vernetzten Welt und dabei Menschen und Unternehmen in ihren Handlungskompetenzen zu stärken. Zur Umsetzung der Ziele schlägt die Kommission einen digitalen Kompass vor, durch den die digitale Bildung von Bürgern und Fachkräften gefördert, sichere und leistungsfähige digitale Infrastrukturen aufgebaut, ein digitaler Umbau der Unternehmen erfolgen und die öffentlichen Dienste digital zugänglich gemacht werden sollen (siehe hierzu auch Beitrag des StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

#### InvestEU: Europäisches Parlament bestätigt politische Einigung

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 09.03.2021 im Rahmen ihrer Plenarsitzung die am 08.12.2020 erzielte politische Einigung zum erneuerten InvestEU-Programm (EB 20/20) mit 496 Ja-Stimmen bei 57 Nein-Stimmen und 144 Enthaltungen angenommen. Die Verordnung soll dazu beitragen, mehr private Investitionen für eine nachhaltige Erholung zu mobilisieren, die zu einer grünen, digitalen und widerstandsfähigen Wirtschaft beitragen sollen. Mindestens 30 % Prozent der Investitionen sollen dabei den Klimaschutzziele der EU zugutekommen und so einen wichtigen Beitrag zum Green Deal leisten. Nach der formalen Annahme durch den Rat tritt diese am 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft.

[Pressemitteilung des EP](#)

#### Kohäsionspolitik: Rat bestätigt Kohäsionspaket auf Botschafterebene

Der Rat hat am 03.03.2021 auf Botschafterebene die finalen Texte des Legislativpakets zur Kohäsionspolitik bestätigt. Die politischen Einigungen waren weitgehend bereits im Dezember 2020 erzielt worden (EB 20/20). Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) bestätigte nun die Texte der

- sog. „Dachverordnung“ (Common Provisions Regulation) als übergreifende Regelung für verschiedene Förderprogramme mit geteilter Mittelverwaltung,
- Verordnung für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den (für Deutschland nicht relevanten) Kohäsionsfonds,
- Verordnung über den europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und
- Verordnung über den Fonds für den gerechten Übergang (Just Transition Fund).



Die Verordnung über die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (Interreg) war bereits im Dezember 2020 im AStV bestätigt worden.

[Pressemitteilung des Rates sowie angenommene Texte](#)

### **Europäisches Parlament nimmt Bericht zum CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus an**

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 10.03.2021 im Rahmen ihrer Plenarsitzung einen Initiativbericht zu einem WTO-konformen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem angenommen. Sie betonen darin, dass es aufgrund der EU-Klimaziele des Green Deals nicht zu einem Risiko der Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ins EU-Ausland kommen dürfe. Daher fordern die Abgeordneten, dass bestimmte von außerhalb der EU importierte Waren mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe belegt werden. Dies solle zur Schaffung weltweit gleicher Wettbewerbsbedingungen beitragen. Ein besonderer Fokus liege dabei auf der Vereinbarkeit mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO). Zudem betonen die Abgeordneten, dass der neue Mechanismus Teil einer umfassenderen Industriestrategie sein und alle Einfuhren erfassen solle, die unter das EU-Emissionshandelssystem (ETS) fallen. Ab 2023 könnten hiervon besonders die Bereiche Zement, Stahl, Aluminium, Ölraffinerien, Papier, Glas, Chemikalien und Düngemittel betroffen sein. Die Kommission plant für das zweite Quartal 2021 die Vorlage eines entsprechenden Legislativvorschlags (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Pressemitteilung des EP](#)

### **Europäisches Parlament nimmt Bericht zu Sorgfalts- und Rechenschaftspflichten von Unternehmen an**

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 10.03.2021 im Rahmen ihrer Plenarsitzung einen legislativen Initiativbericht zu Sorgfalts- und Rechenschaftspflichten von Unternehmen angenommen. Mit diesem fordert das EP einen Legislativvorschlag der Kommission, mit dem Unternehmen bei Verstößen gegen Menschenrechte, Umweltstandards und Arbeitnehmerrechte haftbar gemacht werden können. Auch börsennotierte oder mit hohem Risiko behaftete kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sollen von diesen Pflichten umfasst sein. Die Kommission plant im Juni 2021 die Vorlage eines entsprechenden Legislativvorschlags (siehe hierzu auch Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Pressemitteilung des EP](#)

### **Informelle Videokonferenz der Binnenmarkt- und Industrieminister**

Die Binnenmarkt- und Industrieministerinnen und -minister tauschten sich am 25.02.2021 im Rahmen einer informellen Videokonferenz u. a. zu den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen als Instrument zur Verwirklichung industriepolitischer Zielsetzungen aus. Hierdurch könne der Binnenmarkt, der doppelte Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft sowie die strategische Autonomie in einer offenen EU



gestärkt werden. Die Minister waren sich dabei weitgehend einig, dass der Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ eine bedeutende Rolle bei der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzpläne haben sollte und dass er bei den erforderlichen Investitionen die Koordinierung sicherstellen und Leitlinien vorgeben sollte. Auch die Bedeutung der Rolle der Forschung und Innovation bei der Beschleunigung der Erholung und der Stärkung der Resilienz wurde hervorgehoben.

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **Kommission kündigt Notfallinstrument für den Binnenmarkt an**

Vom 23.02.2021 - 26.02.2021 fanden in Brüssel die EU-Industrietage in Form einer Online-Konferenz statt. Bei ihrer Eröffnungsrede betonte Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* die Widerstandsfähigkeit der europäischen Industrie in der COVID-19-Pandemie. In diesem Rahmen kündigte sie auch die Entwicklung eines Notfallinstruments für den Binnenmarkt (Single Market Emergency Instrument) an. Dieses soll den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie die Freizügigkeit der EU-Bürger durch bessere Transparenz und Koordination gewährleisten. Zudem soll das Instrument dazu beitragen, die Entscheidungsfindung in kritischen Situationen zu beschleunigen. Weitere Informationen zur konkreten Ausgestaltung werden derzeit zusammen mit der für April geplanten Vorlage einer neuen Industriestrategie erwartet.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Rede der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen](#)

### **Leitlinien der Kommission zum Funktionieren des Binnenmarkts**

Die Kommission hat am 05.03.2021 drei Leitlinien zur Gewährleistung und Erleichterung des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts vorgelegt. Diese sollen Bürger, Unternehmen und nationale Verwaltungen dabei unterstützen, den Binnenmarkt für Waren voll auszuschöpfen. Zudem sollen sie dazu beitragen, eine einheitlichere Umsetzung der Vorschriften für den freien Warenverkehr zu gewährleisten. Der Leitfaden über die gegenseitige Anerkennung von Waren bietet dabei detaillierte Informationen zu verschiedenen Aspekten der Verordnung, wie u. a. zur Erklärung über die gegenseitige Anerkennung von Waren. Mit dem Leitfaden zur Anwendung der Vertragsbestimmungen über den freien Warenverkehr soll ein Überblick über die einschlägige EU-Rechtsprechung zu Binnenmarkthindernissen gegeben werden. Der Leitfaden zur Marktüberwachung von Waren soll dazu beitragen, dass Produkte, die auf den EU-Markt gelangen, den EU-Produktvorschriften entsprechen. Die Dokumente dienen der Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsplans zur Durchsetzung des Binnenmarkts, der im März 2020 vorgelegt wurde (EB 05/20).

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Leitfaden zur gegenseitigen Anerkennung von Waren](#)

[Leitfaden zur Anwendung der Vertragsbestimmungen über den freien Warenverkehr](#)

[Leitfaden zur Marktüberwachung von Waren](#)



### **Kommission startet strukturierten Dialog zur Stärkung der Wertschöpfungskette für die Arzneimittelherstellung**

Die Kommission hat am 26.02.2021 den im Rahmen ihrer Arzneimittelstrategie (EB 19/20) angekündigten strukturierten Dialog zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Lieferketten und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln mit den Vertretern der pharmazeutischen Versorgungskette gestartet. Daneben nehmen auch Behörden, Forschungseinrichtungen, Angehörige der Gesundheitsberufe und Patientenorganisationen an dem Dialog teil. Die Initiative zum strukturierten Dialog ist ein zweistufiger Prozess bei dem das Hauptziel von Phase 1 die Schließung von Wissenslücken ist, indem ein besseres Verständnis für die Funktionsweise der globalen pharmazeutischen Lieferketten gewonnen wird. Darauf aufbauend sollen die Erkenntnisse in Phase 2 zu konkreten Maßnahmen führen, um die identifizierten Probleme anzugehen. Ergebnisse sollen bis Ende 2021 vorliegen und alle potenziellen Maßnahmen sollen im Einklang mit den EU-Wettbewerbsregeln und den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) stehen. Zudem könnte die neue Initiative einen Beitrag zur Einrichtung der neuen Europäischen Behörde für die Vorbereitung auf gesundheitliche Notfälle und die Reaktion darauf (HERA) leisten (siehe hierzu auch Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Webseite zum strukturierten Dialog](#) (in englischer Sprache)

### **Nachhaltige Finanzierung: Geltungsbeginn der EU-Offenlegungspflichten für nachhaltige Investitionen**

Seit dem 10.03.2021 gelten in der EU die Vorschriften der Verordnung über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor. Die Verordnung zielt darauf ab, dass Finanzunternehmen offenlegen müssen, inwiefern sie bei ihren Investitionsentscheidungen die Faktoren Umwelt, Soziales und Governance berücksichtigen. Die Kommission hatte ihren Vorschlag im Jahr 2018 als Teil ihres Aktionsplans „Nachhaltiges Finanzwesen“ vorgelegt (EB 06/18) und im Februar 2019 erzielten Kommission, Rat und Europäisches Parlament eine politische Einigung hierzu (EB 05/19).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Nachhaltige Finanzierung: Kommission legt Berichte für Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung vor**

Die Kommission hat am 08.03.2021 zwei Berichte über die Entwicklung von EU-Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung vorgestellt. Der Rat hatte die Kommission in seinen Ratschlussfolgerungen zur Kapitalmarktunion hierzu aufgefordert (EB 22/19). Die Nachhaltigkeitsstandards seien nötig, um die Zielsetzungen des Green Deals zu erfüllen. Sie sollen zudem dazu beitragen, die Konsistenz der Berichterstattungsregeln im Rahmen der EU-Vorschriften im Bereich Nachhaltige Finanzierung zu gewährleisten, u. a. [Taxonomie-Verordnung](#), [Verordnung über nachhaltige Offenlegungspflichten im](#)



[Finanzbereich, Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen durch bestimmte große Unternehmen](#)

sowie der geplante Legislativvorschlag zur nachhaltigen Unternehmensführung und Sorgfaltspflichten.

Dabei schlägt der erste Bericht einen Fahrplan für die Entwicklung umfassender EU-Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung vor und wurde von einer Multistakeholder-Taskforce erstellt, die von der European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) eingesetzt wurde.

Der zweite Bericht bezieht sich hingegen auf die Governance-Struktur der EFRAG und schlägt diesbezüglich eine Reform vor, damit künftige EU-Standards für Nachhaltigkeitsberichterstattung in einem integrativen und strengen Prozess entwickelt werden können.

[Zu den Berichten](#) (in englischer Sprache)

**Konsultationen zur Stabilität von Banken und Einlagensicherung**

Die Kommission hat am 25.02.2021 neben der im Januar gestarteten eher technischen Konsultation zur Stabilität von Banken und Einlagensicherung (EB 02/21) auch die bereits angekündigten weiteren allgemeineren Konsultationen hierzu eingeleitet. Diese beziehen sich auf die Überarbeitung der Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRMR), der Richtlinie über Einlagensicherungssysteme (DSGD) sowie der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BRRD). Die Vorlagen der Vorschläge sind für das vierte Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht jeweils bis 20.05.2021.

[Zur Konsultation SRMR](#)

[Zur Konsultation DSDG](#)

[Zur Konsultation BRRD](#)

**Konsultation zur Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts auf Tarifverträge für Solo-Selbständige**

Die Kommission hat am 05.03.2021 eine öffentliche Konsultation zur Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts auf Tarifverträge für Solo-Selbständige eingeleitet. Selbständige gelten nach dem EU-Wettbewerbsrecht als Unternehmen und laufen daher Gefahr, bei einer Beteiligung an Tarifverhandlungen gegen die Wettbewerbsvorschriften zu verstoßen. Die Kommission möchte sicherstellen, dass die EU-Wettbewerbsvorschriften Tarifverhandlungen von Solo-Selbständigen nicht entgegenstehen. Zudem sollen Verbraucher und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) weiterhin von wettbewerbsfähigen Preisen und innovativen Geschäftsmodellen profitieren können. Die Annahme eines Verordnungsvorschlags durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 28.05.2021.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#)





### **Konsultation zur neuen Roamingverordnung**

Die Kommission hat am 25.02.2021 eine öffentliche Konsultation zu dem am 24.02.2021 vorgelegten Vorschlag für eine neue Roamingverordnung eingeleitet (EB 04/21). Der Vorschlag zielt darauf ab, die derzeit geltenden 2022 auslaufenden Vorschriften um weitere zehn Jahre zu verlängern und anzupassen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 04.05.2021.

[Zur Initiative](#)

### **Regulierung von Berufen: Kommission veröffentlicht Fahrplan für die Aktualisierung der Empfehlungen an die Mitgliedstaaten**

Die Kommission hat am 04.03.2021 einen Fahrplan für die Aktualisierung ihrer an die Mitgliedstaaten gerichteten Empfehlungen zur Reglementierung von Berufen veröffentlicht. Im Jahr 2017 hatte die Kommission Empfehlungen zu nationalen Reformen bei den reglementierten Berufen (u. a. Rechtsberufe, Buchprüfer, Architekten, Ingenieure, Patentanwälte, Touristenführer und Immobilienmakler) herausgegeben. Mit dieser Initiative werden diese Empfehlungen aktualisiert, um neuen Entwicklungen seit 2017 Rechnung zu tragen. Sie deckt voraussichtlich dieselben Berufe sowie Notare ab. Gelegenheit zur Rückmeldung zu dem Fahrplan besteht bis 01.04.2021.

[Fahrplan der Kommission](#)

### **Fahrplan zur Anpassung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung**

Die Kommission hat am 08.03.2021 einen Fahrplan zur Anpassung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) zur Befreiung von bestimmten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen von der Anmeldepflicht veröffentlicht. Im Rahmen der vor kurzem durchgeführten Evaluierung der AGVO wurde festgestellt, dass Änderungen in Bezug auf die Freistellungen erforderlich sind, um den Zielen des Green Deals und der Industrie- und Digitalstrategie Rechnung zu tragen. Die Annahme Änderungen durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 05.04.2021.

[Zur Initiative](#)

### **Folgenabschätzung für EU-weites System für Sofortzahlungen**

Die Kommission hat am 10.03.2021 eine Folgenabschätzung in der Anfangsphase für ein EU-weites System für Sofortzahlungen veröffentlicht. In ihrer im September 2020 vorgelegten Strategie für den Massenzahlungsverkehr (EB 15/20) hatte sie die Notwendigkeit eines solchen Systems angekündigt. Bei der Folgenabschätzung soll untersucht werden, ob im Bereich der Sofortzahlungen neue Rechtsvorschriften erforderlich sind, nicht legislative Maßnahmen angemessen wären oder andere Optionen sinnvoll sind. Eine



öffentliche Konsultation hierzu soll noch im ersten Quartal 2021 durchgeführt werden. Die Annahme eines möglichen Legislativvorschlags ist für das erste Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 07.04.2021.

[Zur Initiative](#)

### **Folgenabschätzung zur Überprüfung der Vorschriften für Zentralverwahrer im Finanzmarktbereich**

Die Kommission hat am 08.03.2021 eine Folgenabschätzung in der Anfangsphase für die Überprüfung der EU-Vorschriften für Zentralverwahrer im Finanzmarktbereich veröffentlicht. Hierbei soll festgestellt werden, inwieweit es Zentralverwahrern möglich ist, ihre Tätigkeit innerhalb der EU in verschiedenen Ländern auszuüben, wie mit Dienstleistungsanfragen bei Zentralverwahrern verfahren wird und ob es in diesem Sektor andere wesentliche Wettbewerbshindernisse zu beseitigen gilt. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 05.04.2021.

[Zur Initiative](#)

### **EU-Kartellrecht: Förmliche Untersuchung gegen Teva im Zusammenhang mit Multiple Sklerose Medikament**

Die Kommission hat am 04.03.2021 eine förmliche kartellrechtliche Untersuchung gegen das israelische Pharmaunternehmen Teva wegen möglichen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung eingeleitet. Die Kommission prüft, ob Teva den Markteintritt und die Verbreitung von Arzneimitteln, die mit seinem einträglichen Multiple-Sklerose-Medikament Copaxone in Konkurrenz stehen, rechtswidrig verzögert hat. Copaxone enthält den pharmazeutischen Wirkstoff Glatirameracetat, dessen Grundpatent 2015 ausgelaufen ist. Die Kommission möchte nun feststellen, ob Teva aus strategischen Gründen Teilpatente angemeldet und wieder zurückgezogen hat, um die Marktexklusivität von Copaxone künstlich zu verlängern. Zudem prüft sie, ob Teva eine Kommunikationskampagne durchgeführt hat, mit der der Einsatz konkurrierender Produkte unangemessen behindert wurde. Teva verfügt über mehrere Tochtergesellschaften im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **EU-Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Zusammenschluss von Arzneimittelhändlern**

Die Kommission hat am 08.03.2021 den Erwerb der alleinigen Kontrolle über die baden-württembergische Leopold Fiebig GmbH und die ebenfalls in Baden-Württemberg ansässige Gerda Nüchel GmbH durch die Sanacorp Pharmahandel GmbH mit Sitz in Bayern nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt. Fiebig und Sanacorp vertreiben Arzneimittel. Sanacorp ist dabei deutschlandweit tätig, Fiebig nur in der Region um Rheinstetten. Gerda Fiebig ist die persönlich haftende Gesellschafterin von Fiebig. Nach Auffassung der Kommission bestehen gegen den Zusammenschluss keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken.





[Daily News der Kommission](#)

[Zur Wettbewerbssache M.10141](#)

### **Brexit-Reserve: Europäischer Rechnungshof veröffentlicht Stellungnahme**

Der Europäische Rechnungshof (ERH) hat am 01.03.2021 eine Stellungnahme zum Vorschlag zur Einrichtung der Reserve für die Anpassung an den Brexit (Brexit-Reserve) veröffentlicht. Nach Auffassung des ERH biete der Vorschlag den Mitgliedstaaten zwar Flexibilität, die Ausgestaltung bringe jedoch auch eine Reihe von Unsicherheiten und Risiken mit sich. Insbesondere könnten suboptimale und nicht förderfähige Maßnahmen Finanzmittel erhalten, da die Förderfähigkeit und Angemessenheit dieser Maßnahmen von der Kommission nicht vor Ende 2023 bewertet werden.

[Pressemitteilung des ERH](#)

[Stellungnahme des ERH zur Brexit-Reserve](#)

### **Binnenmarkt für Investmentfonds: Europäischer Rechnungshof bewertet Fortschritte der EU**

Der Europäische Rechnungshof (ERH) hat am 25.02.2021 eine Prüfung zur Bewertung der Fortschritte der EU bei der Schaffung eines Binnenmarkts für Investmentfonds eingeleitet. Er möchte dabei feststellen, ob das sich weiterentwickelnde Regelwerk zweckmäßig ist und ob die EU gemeinsame Aufsichtspraktiken der Mitgliedstaaten gefördert und das Risiko für Anleger, Märkte und die Finanzstabilität wirksam gemindert hat.

[Pressemitteilung des ERH](#)

[Prüfbericht des ERH](#) (in englischer Sprache)

## **AUßENWIRTSCHAFT**

### **Informelle Videokonferenz der Handelsministerinnen und -minister**

Im Rahmen einer informellen Videokonferenz tauschten sich die Handelsministerinnen und -minister am 02.03.2021 zu aktuellen handelspolitischen Themen aus. Sie führten dabei u. a. einen Gedankenaustausch über die von der Kommission am 18.02.2021 vorgelegte Mitteilung zur Überprüfung der EU-Handelspolitik (EB 04/21). Diese wurde von den Ministern weitgehend begrüßt, insbesondere der Zeitpunkt sei sehr willkommen, da sich die Wirtschaft gerade erhole und Lehren aus der Pandemie gezogen werden könnten. Dabei betonten sie die Notwendigkeit, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Offenheit, Nachhaltigkeit und Durchsetzungsfähigkeit der EU-Handelspolitik zu finden. Die portugiesische Ratspräsidentschaft plant noch vor Ende Juni die Annahme von Ratsschlussfolgerungen zu diesem Thema.

[Pressemitteilung des Rates](#)



### **Airbus/Boeing: EU und USA vereinbaren zeitweise Aussetzung aller Zölle**

Die EU und die Vereinigten Staaten haben sich am 05.03.2021 auf die Aussetzung aller Zölle, die aufgrund der Streitigkeiten um Airbus und Boeing verhängt wurden, für vier Monate geeinigt. Die Welthandelsorganisation (WTO) hatte die USA 2019 zur Erhebung von Gegenmaßnahmen im Wert von bis zu 7,5 Mrd. € ermächtigt, da die EU dem Flugzeughersteller Airbus unrechtmäßige Subventionen hat zukommen lassen (EB 18/19). Wegen illegaler Subventionen an Boeing durch die USA wurde die EU 2020 zu ähnlichen Gegenmaßnahmen gegenüber US-Ausfuhren im Wert von 4 Mrd. \$ ermächtigt (EB 14/20). Durch die Aussetzung der Zölle wird nun ein Schub für die Exportwirtschaft erwartet.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Gemeinsame Erklärung der EU und der USA](#) (in englischer Sprache)

### **EU-USA: Einigung über Abkommen zu Agrarzollkontingenten nach dem Brexit**

Die EU und die USA haben sich am 08.03.2021 nach zwei Verhandlungsjahren auf eine Anpassung der im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) eingerichteten Agrarzollkontingente der EU nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs geeinigt. Ein Teil der betreffenden Menge verbleibt nun unter Berücksichtigung der bisherigen Handelsströme bei der EU-27, während ein anderer Teil auf das Vereinigte Königreich übergeht. Das Abkommen umfasst dabei Zollkontingente mit einem Handelswert von mehreren Milliarden Euro.

In einem nächsten Schritt muss das Abkommen nun von der Kommission angenommen werden und wird anschließend dem Rat und dem Europäischen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Kommission leitet Untersuchung zu Verlängerungen der Schutzmaßnahmen für Stahl ein**

Die Kommission hat am 26.02.2021 eine Untersuchung zur Prüfung der derzeit geltenden Schutzmaßnahmen gegenüber den Einfuhren bestimmter Stahlerzeugnisse eingeleitet. Es soll festgestellt werden, ob diese über den 30.06.2021 hinaus verlängert werden sollen. Dabei wird die Kommission im Einklang mit den EU-Vorschriften und den Vorschriften der WTO prüfen, ob die Schutzmaßnahmen weiterhin erforderlich sind, um einen ernsthaften Schaden für die Stahlindustrie abzuwenden. Im Juli 2018 hatte die Kommission vorläufige Schutzmaßnahmen eingeführt (EB 13/18), die im Januar 2019 als dauerhafte Maßnahmen beschlossen wurden. Hintergrund war v. a. die Einführung von Handelsbeschränkungen für Stahlerzeugnisse durch die USA.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Bekanntmachung der Kommission mit weiterführendem Link zur Möglichkeit der Stellungnahme](#)



## ENERGIE

### **Kommission leitet eingehende Untersuchung zur deutschen Entschädigung für den Braunkohleausstieg ein**

Die Kommission hat am 02.03.2021 eine eingehende Untersuchung zu der von Deutschland geplanten Entschädigungszahlungen für die vorzeitige Stilllegung von Braunkohlekraftwerken eingeleitet, um zu prüfen, ob diese mit dem EU-Beihilferecht in Einklang stehen. Um den Anforderungen des deutschen Kohleausstiegsgesetz nachzukommen und die Verstromung von Kohle bis Ende 2038 auf null zu reduzieren, hat Deutschland den beiden Hauptbetreibern von Braunkohlekraftwerken, RWE und LEAG Entschädigungen für entgangene Gewinne und für zusätzliche Tagebaufolgekosten in Milliardenhöhen zugesagt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt vertritt die Kommission die Auffassung, dass es sich hierbei um eine staatliche Beihilfe handelt, bei der sie die Vereinbarkeit mit den EU-Beihilfavorschriften bezweifelt, insbesondere hinsichtlich der Angemessenheit der Entschädigungen. Im Rahmen der eingeleiteten eingehenden Untersuchung wird die Kommission nun prüfen, ob die wettbewerbsrechtlichen Bedenken gerechtfertigt sind. Deutschland kann hierzu Stellung nehmen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Infrastruktur für alternative Kraftstoffe: Kommission veröffentlicht Bericht über den EU-weiten Ausbau**

Die Kommission hat am 08.03.2021 einen Bericht über den EU-weiten Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe veröffentlicht. Der Bericht enthält u. a. auch die Ergebnisse einer Bewertung der Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFID) ergriffen haben.

[Zusammenfassung der Kommission \(in englischer Sprache\)](#)

[Bericht der Kommission](#)

[Arbeitsdokument der Kommission](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

### UMWELT

#### Europäisches Parlament nimmt Bericht zum CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus an

Am 10.03.2021 hat das Europäische Parlament mit 440 zu 70 Stimmen bei 180 Enthaltungen einen Initiativbericht zum Thema „Auf dem Weg zu einem mit den WTO-Regeln zu vereinbarenden CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem“ angenommen. Darin wird betont, dass verstärkte Klimaambitionen der EU nicht zu „Carbon Leakage“ führen dürfen, da dadurch globale Klimabemühungen untergraben würden. Die Einführung eines WTO-kompatiblen Grenzausgleichsmechanismus („Carbon Border Adjustment Mechanism – CBAM“) werde unterstützt, um einen Kohlenstoffpreis auf Importe von Waren aus weniger ehrgeizigen Drittstaaten zu erheben. Der CBAM sollte Teil einer breiteren EU-Industriestrategie sein und alle Einfuhren von Produkten und Rohstoffen unter dem EU-Emissionshandelssystem umfassen und bereits bis 2023 den Energiebereich und alle energieintensiven Industriebranchen wie Zement, Stahl, Aluminium, Ö raffinerien, Papier, Glas, Chemikalien und Düngemittel abdecken. Um Vereinbarkeit mit der WTO herzustellen, seien Einfuhren und inländische Erzeugung gleich zu behandeln. Die ursprüngliche Forderung des Umweltausschusses nach der schrittweisen Abschaffung der Zuteilung kostenloser Zertifikate wurde nicht beschlossen. Der CBAM soll mit dem alleinigen Ziel entwickelt werden, Klimaziele zu verfolgen und ein globales Level-Playing-Field zu schaffen, und darf nicht als Instrument zur Verstärkung des Protektionismus missbraucht werden. Der Vorschlag der Kommission wird für das zweite Quartal 2021 erwartet.

[Bericht](#)

#### Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überprüfung des EU-Rechts über Quecksilber

Am 05.03.2021 hat die Kommission einen Fahrplan zur Überprüfung des EU-Rechts über Quecksilber (Überarbeitung der Verordnung 2017/852/EU und Aufhebung der Verordnung 1102/2008/EG) veröffentlicht. Diese Initiative zielt darauf ab, die verbliebene Verwendung von Quecksilber in Produkten - einschließlich Zahnamalgam – und in bestimmten anderen Produkten mit Quecksilberzusatz wie Lampen und Messgeräten sowie deren internationalem Handel auf EU-Ebene weiter einzuschränken und auf diese Weise die Grundlage für internationale Verhandlungen im Rahmen des Minamata-Übereinkommens zu schaffen. Dies soll zu dem im Europäischen Grünen Deal angekündigten Null-Schadstoff-Ziel beitragen. Im dritten Quartal 2021 ist eine öffentliche Konsultation dazu geplant. Bis zum 02.04.2021 besteht die Möglichkeit zur Rückmeldung zu dem Fahrplan.

[Fahrplan](#)



### **Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Evaluierung der Badegewässerrichtlinie**

Am 04.03.2021 hat die Kommission einen Fahrplan zur Überprüfung der EU-Vorschriften über die Badegewässerqualität gestartet. Im Rahmen der Initiative soll geprüft werden, ob die Badegewässerrichtlinie 76/160/EWG, die die nationalen Anstrengungen ergänzt, dazu beigetragen hat, die öffentliche Gesundheit zu schützen und die Wasserqualität zu verbessern, und ob gegebenenfalls entsprechende Aktualisierungen vorgeschlagen werden müssen. Bis zum 01.04.2021 besteht die Möglichkeit zur Rückmeldung zu dem Fahrplan. Für das zweite Quartal 2021 ist eine öffentliche Konsultation geplant. Der Vorschlag der Richtlinie selbst ist für das erste Quartal 2023 vorgesehen (siehe hierzu Beitrag des StMGP in diesem EB).

#### [Fahrplan](#)

### **Umweltausschuss nimmt Bericht zur Anpassung der Luftqualitätsrichtlinien an**

Am 04.03.2021 hat der Umweltausschuss ENVI des Europäischen Parlaments (EP) mit 43 Stimmen dafür und 33 Stimmen dagegen bei 3 Enthaltungen über einen Initiativbericht zur von der Kommission für das Jahr 2022 angekündigten Anpassung der Luftqualitätsrichtlinien (2004/107/EC und 2008/50/EC) abgestimmt. Im Bericht wird u. a. eine bessere Durchsetzung der geltenden Luftqualitätsnormen, die Anpassung der Richtlinien an die strengereren von der WHO empfohlenen Grenzwerte und die Ausweitung der Regelungen auf weitere nachweislich schädliche Luftbestandteile wie ultrafeine Partikel (UFP), Quecksilber, Ammoniak und dem sogenannten Black Carbon (BC; elementarer Kohlenstoff und schwarzer Rauch) gefordert. Die Kommission solle des Weiteren eine Beobachtungsliste für Schadstoffe entwickeln, die gesundheitsschädlich oder umweltgefährlich sein können (z. B. Mikroplastik). Um eine valide Abschätzung der Luftqualität sicherzustellen, solle an geeigneten Orten gemessen werden. Grundsätzlich sei die Öffentlichkeit verstärkt zu informieren, um so ein Bewusstsein für die Luftverschmutzung zu schaffen. Am 05.03.2020 hatte bereits der Rat (Umwelt) Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Luftqualität in der EU angenommen, nachdem die Kommission ihren Fitness-Checks der Luftqualitätsrichtlinien am 29.11.2019 vorgelegt hatte (EB 05/20). Die finale Abstimmung über den Initiativbericht ist für die Plenarsitzung des EP am 24.03.2021 vorgesehen.

#### [Bericht](#) (in englischer Sprache)

### **EuGH-Urteil zur Auslegung der Vogelschutz- und Habitat-Richtlinie**

Am 04.03.2021 hat der EuGH in den verbundenen Rechtssachen C-473/19 und C-474/19 zwischen Föreningen Skydda Skogen u. a. / Länsstyrelsen i Västra Götalands län u. a. die Vogelschutz-Richtlinie 2009/147 und die Habitat-Richtlinie 92/43 dahingehend ausgelegt, dass ihre Schutzregelung nicht davon abhängt, dass eine bestimmte Maßnahme mit dem Risiko verbunden ist, sich negativ auf den Erhaltungszustand der betroffenen Tierart auszuwirken. Im zugrundeliegenden Rechtsstreit vor einem schwedischen Gericht wandten sich die Kläger gegen die Ablehnung einer schwedischen, für Artenschutz zuständigen Provinzverwaltung, Kontrollmaßnahmen gegen einen geplanten Kahlschlag in einem Waldgebiet zu ergreifen. Diese beriefen sich



auf die Stellungnahme der Forstverwaltung, wonach die Abholzung nicht gegen die nationale Artenschutzverordnung, die die Verbote der Vogelschutzrichtlinie und der Habitat-Richtlinie umsetzt, verstoße. Auf ein Vorabentscheidungsersuchen des befassten Gerichts stellte der EuGH klar, dass eine innerstaatliche Rechtspraxis, wonach ein Maßnahmenverbot lediglich Arten erfasst, die in Anhang I der Vogelschutz-RL aufgeführt sind oder auf irgendeiner Ebene bedroht sind oder deren Population auf lange Sicht rückläufig ist, gegen die Vogelschutz-RL verstößt. Auch die Anwendung der Verbote der Habitat-RL darf nicht vom Risiko einer negativen Auswirkung auf den Erhaltungszustand der betroffenen Tierart abhängig gemacht werden.

#### [EuGH-Urteil](#)

#### **Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht „Badegewässerbewirtschaftung in Europa“**

Am 26.02.2021 hat die Europäische Umweltagentur (EUA) einen Bericht zum Thema „Badegewässerbewirtschaftung in Europa: Erfolge und Herausforderungen“ veröffentlicht. Danach hat sich die Qualität der Badegewässer in ganz Europa in den letzten 40 Jahren stark verbessert, sodass in vielen europäischen Hauptstädten, darunter auch Berlin, sicheres Baden möglich ist. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Anzahl der unter der Badegewässerrichtlinie überwachten Badestellen von etwa 7.500 im Jahr 1990 auf mehr als 22.000 im Jahr 2019 gestiegen ist. Von 1991 - 2019 ist der Anteil der Badegebiete mit ausreichender Wasserqualität von 74 % auf mehr als 95 % und der Anteil der Gebiete mit ausgezeichneter Wasserqualität von 53 % auf 85 % gestiegen. Zurückzuführen sei dies auf Investitionen in städtische Kläranlagen und Verbesserungen in den Kanalisationsnetzen. Trotz der festgestellten Verbesserungen müssen laut dem Bericht sowohl bestehende als auch neu entstehende Belastungen gemindert werden, da sich durch den Klimawandel bedingte steigende Meeresspiegel, häufigere und stärkere Stürme, erhöhten Flussdurchfluss oder Wasserknappheit neue Herausforderungen für die Bewirtschaftung der Badegewässer ergeben.

[EUA-Bericht](#) (in englischer Sprache)

## **VERBRAUCHERSCHUTZ**

#### **Kommission veröffentlicht Jahresbericht zum EU-Schnellwarnsystem „Safety Gate“**

Am 02.03.2021 hat die Kommission ihren Jahresbericht 2020 zum „Safety Gate“, dem Schnellwarnsystem der EU für gefährliche Verbraucherprodukte aus dem Non-Food-Bereich, veröffentlicht. Der Bericht zeigt, dass die Anzahl der Maßnahmen, die von den Behörden aufgrund von Warnungen ergriffen werden, jährlich steigt. Demnach wurde im vergangenen Kalenderjahr mit 5.377 Maßnahmen im Vergleich zu 4.477 im Jahr 2019 ein neuer Rekord erreicht. Diese Folgemaßnahmen beruhten auf insgesamt 2.253 Warnmeldungen. Auf Deutschland entfielen 430 Meldungen und 85 Folgemaßnahmen. Auf gesamteuropäischer Ebene ist Spielzeug (27 %) die am häufigsten gemeldete Produktkategorie vor Kraftfahrzeugen (21 %) und Elektrogeräten und -zubehör (10 %). Neun Prozent der ausgegebenen Warnungen betrafen Produkte im Zusammenhang mit COVID-19, darunter unzureichende Masken, Desinfektionsmittel mit giftigen Chemikalien wie Methanol oder



UV-Desinfektionssysteme mit zu hoher Strahlungswirkung. In Deutschland waren Kraftfahrzeuge mit Abstand am häufigsten betroffen (71 %), gefolgt von Elektrogeräten (5 %) und Schmuck (4 %).

[Bericht und Factsheet](#) (in englischer Sprache)

### **Delegierte Rechtsakte zur Energieverbrauchskennzeichnung treten in Kraft**

Am 01.03.2021 sind vier delegierte Rechtsakte zur Ergänzung der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (VO Nr. 2017/1369) in Kraft getreten. Damit gilt in allen Geschäften und Online-Verkaufsstellen eine neue Version des EU-Energielabels, das den Verbraucherinnen und Verbrauchern in der EU dabei helfen soll, ihre Energiekosten und ihren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck zu verringern. Die neuen Etiketten betreffen die Produktkategorien Kühlschränke und Gefriergeräte, Geschirrspüler, Waschmaschinen und Fernsehgeräte (sowie andere externe Bildschirme) und unterscheiden sich von den bisherigen Labels vor allem durch eine neue Skala von A bis G statt der Skala von A+++ bis G und klarere Symbole. Außerdem verfügen sie über einen QR-Code, mit dem weitere Produktinformationen aus der Produktdatenbank EPREL (European Product Registry for Energy Labeling) abgerufen werden können und der so für bessere Produktvergleichbarkeit sorgen soll. Gleichzeitig treten auch die zugehörige Omnibusverordnung für die Energieverbrauchskennzeichnung und die Omnibusverordnung für das Ökodesign in Kraft. Diese enthalten insbesondere aktualisierte Mindestanforderungen an die Effizienz, stärken die Verbraucherrechte in Bezug auf die Reparatur von Produkten und unterstützen die Kreislaufwirtschaft.

[Omnibusverordnung für die Energieverbrauchskennzeichnung](#)

[Omnibusverordnung für das Ökodesign](#)

### **Kommission veröffentlicht Bericht zur Anwendung der Pauschalreiserichtlinie**

Am 01.03.2021 hat die Kommission einen Bericht über die Anwendung der Pauschalreiserichtlinie vorgelegt. Darin beleuchtet sie u. a. die Funktionsweise der Insolvenzschutzregelungen im Zusammenhang mit der Insolvenz von Thomas Cook sowie Fragen und Probleme in Bezug auf die Covid-19-Pandemie wie die Stornierung von Reisen, abweichende befristete nationale Vorschriften zur Ausgabe von Gutscheinen und nationale staatliche Beihilfemaßnahmen. Die Kommission kündigt darin zudem u. a. an, aufbauend auf den Ergebnissen des vorliegenden Berichts bis 2022 zu analysieren, ob der derzeitige Rechtsrahmen für Pauschalreisen, insbesondere in Bezug auf den Insolvenzschutz, einen soliden und umfassenden Verbraucherschutz gewährleistet. Zudem will sie untersuchen, ob die Unterschiede zwischen der Pauschalreiserichtlinie und den Verordnungen über Fahrgastrechte im Hinblick auf den Insolvenzschutz und die Stornierungsrechte gerechtfertigt sind oder ob die Vorschriften stärker aufeinander abgestimmt werden sollten, und prüfen, ob spezifische Vorschriften für Situationen wie die COVID-19-Pandemie vorgeschlagen werden sollten, um die Verbraucher besser zu schützen.

[Bericht](#)





### **EuGH-Urteil zur Zulassung bestimmter Verwendungen von Bleisulfchromatgelb und Bleichromatmolybdatsulfatrot**

Am 25.02.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C- 389/19 P Kommission / Schweden bestätigt, dass der Durchführungsbeschluss der Kommission über die Zulassung bestimmter Verwendungen von Bleisulfchromatgelb und Bleichromatmolybdatsulfatrot rechtswidrig war. Die Kommission hatte Rechtsmittel gegen das Urteil des EuG eingelegt, das die Zulassung bestimmter Verwendungen der Stoffe nach der REACH-Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 für nichtig erklärt hat. Sie bringt u. a. vor, die Zulassung sei rechtmäßig gewesen, da es auf dem Markt zwar Alternativen für die genannten Verwendungen gebe, diese aber nicht dieselben Leistungen wie der in Rede stehende Stoff erbrächten. Der EuGH schließt sich in seinem Urteil der Ansicht des EuG an, dass die Kommission keine hinreichende Prüfung von Alternativen durchgeführt, sondern die Zulassung auf der Grundlage bloßer Vermutungen erteilt habe. Dies ergebe sich aus dem Durchführungsbeschluss selbst, der die dem Zulassungsinhaber nachgeschalteten Anwender verpflichtet habe, der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) Informationen über die Eignung und die Verfügbarkeit der Alternativen zu geben, wobei sie die Notwendigkeit der Verwendung der streitigen Stoffe im Einzelnen hätten rechtfertigen müssen. Aufgrund der andernfalls drohenden Schäden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt bleiben die Wirkungen des Durchführungsbeschlusses jedoch aufrechterhalten, bis die Kommission erneut über den Zulassungsantrag entschieden hat.

#### [EuGH-Urteil](#)

### **Kommission startet Konsultation zur neuen Roamingverordnung**

Am 25.02.2021 hat die Kommission den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Überprüfung und Verlängerung der Roaming-Verordnung zur Annahme von EU-Rechtsvorschriften veröffentlicht. Die Initiative zielt darauf ab, die Verordnung im Bereich der Roaming-Gebühren und Marktbedingungen für den Einzelhandel im Europäischen Wirtschaftsraum über den bisherigen Geltungszeitraum bis 30.06.2022 hinaus für weitere zehn Jahre zu verlängern und inhaltlich zu überprüfen. Insbesondere sollen die Senkung von Roamingvorleistungsentgelten, die Verhinderung von unerwartet hohen Rechnungen für Reisende bei der Inanspruchnahme technischer Helpdesks und Kundendiensten sowie die Verbesserung der Dienstqualität geprüft werden. Bis 29.04.2021 besteht die Möglichkeit zur Rückmeldung (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

#### [Initiative](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

### **Kommission veröffentlicht Studie über Informationsmaßnahmen im Rahmen der GAP**

Die Kommission hat am 04.03.2021 eine Studie über Informationsmaßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) veröffentlicht.

Die Informationspolitik zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) war erfolgreich bei der Verbesserung des Verständnisses und der Wahrnehmung der Politik. Basierend auf den Zahlen von Eurobarometer und den Ergebnissen einer im Rahmen der Studie durchgeführten Befragung von Interessengruppen hat sich das Bewusstsein für die GAP in den letzten fünf Jahren erhöht und die Wahrnehmung ihrer Leistung verbessert. Die kombinierten Ergebnisse der Studie deuten darauf hin, dass die Ziele der Informationspolitik zu einem großen Teil erreicht werden.

Ziel der Studie war es, die Relevanz, Kohärenz, Wirksamkeit, Effizienz und den EU-Mehrwert der Informationsmaßnahmen zur GAP zu untersuchen.

[Pressemitteilung Kommission](#) (englische Sprache)

[Studie über Informationsmaßnahmen im Rahmen der GAP](#) (in englischer Sprache)

### **EU-USA: Einigung über Abkommen zu Agrarzollkontingenten nach dem Brexit**

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika haben ihre Verhandlungen bezüglich eines Abkommens über Agrarzollkontingente am 08.03.2021 abgeschlossen.

Die im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) eingerichteten Agrarzollkontingente der Europäischen Union waren nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU entsprechend anzupassen. Unter Berücksichtigung der Handelsströme vergangener Jahre verbleibt nun ein Teil der betreffenden Mengen bei der EU-27, während ein anderer Teil auf das Vereinigte Königreich übergeht. Das Abkommen umfasst Dutzende von Zollkontingenten mit einem Handelswert von mehreren Milliarden Euro, darunter Rindfleisch, Geflügel, Reis, Milcherzeugnisse, Obst und Gemüse sowie Wein.

Ähnliche Verhandlungen über die Aufteilung von Zollkontingenten führt die EU mit 21 weiteren Partnerländern, die Zugangsrechte zu diesen Kontingenten haben. Dabei konnten die Verhandlungen mit Argentinien, Australien, Norwegen, Pakistan, Thailand, Indonesien und anderen Ländern bereits abgeschlossen werden.

Sobald die Kommission das Abkommen zwischen der EU und den USA angenommen hat, wird es dem Rat und dem Europäischen Parlament zur Ratifizierung übermittelt (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Abkommen USA/EU über Agrarzollkontingente](#)



### **Kommission veröffentlicht Konsultation über Lebensmittelversorgung in Krisenzeiten**

Die Kommission hat am 01.03.2021 eine [Konsultation](#) zum Thema Lebensmittelversorgung in Krisenzeiten veröffentlicht.

Die Ergebnisse sollen in einen Notfallplan zur Gewährleistung der Lebensmittelversorgung und der Ernährungssicherheit einfließen, der in Krisenzeiten in Kraft gesetzt werden soll und den die Kommission in der [Strategie „Vom Hof auf den Tisch“](#) angekündigt hatte.

Die Kommission will aufbauend auf den Lehren aus der COVID-19-Pandemie und anderen Ereignissen der jüngeren Vergangenheit eine Reihe von Verfahren erarbeiten, die in Krisenzeiten zu befolgen sind. Dazu gehört auch die Einrichtung eines EU-Krisenreaktionsmechanismus zur wirksamen Vorbereitung und Reaktion auf kritische Ereignisse, die die Ernährungssicherheit in der EU gefährden könnten.

Die gestartete Konsultation sammelt Kommentare zu Form, Art und Umfang des Plans. Interessenvertreter, die an der Lebensmittelversorgungskette beteiligt sind – Erzeuger, Verarbeiter, Händler oder Transportunternehmen sowie Verbraucher, die Zivilgesellschaft und nationale Behörden – sind eingeladen, während der kommenden acht Wochen ihre Meinung zu äußern. Wie in der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ dargelegt, will die Kommission die Koordinierung der europäischen Reaktion auf Krisen, die das Lebensmittelsystem der EU betreffen, verstärken und die Lebensmittelsicherheit gewährleisten.

Der Mechanismus wird die Form eines ständigen Forums annehmen, um Maßnahmen zu koordinieren, bewährte Verfahren auszutauschen und Bedrohungen und Risiken zu bewerten. Im Einklang mit dem Europäischen Grünen Deal und seinen Zielen strebt der Plan eine größere ökologische, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit für ein widerstandsfähiges europäisches Lebensmittelsystem an.

Rückmeldungen sind bis 26.04.2021 möglich.

[Kommission befragt Öffentlichkeit über Lebensmittelversorgung in Krisenzeiten](#)

### **Kommission veröffentlicht Studie über geografische Angaben und garantiert traditionelle Spezialitäten**

Die Kommission hat am 02.03.2021 eine Studie über geografische Angaben (g.A.) und garantierte traditionelle Spezialitäten (g.t.S.) veröffentlicht.

Die Regelungen für geografische Angaben und g.t.S. sind relevant und weitgehend kohärent mit anderen EU- und nationalen Politiken und bieten einen klaren Mehrwert, aber es gibt Raum für eine weitere Integration von Überlegungen zur ökologischen Nachhaltigkeit und zum Tierschutz. Die Studie zeigt einige Grenzen auf wie z. B. die geringe Bekanntheit und das geringe Verständnis von g.A. und g.t.S. bei den Verbrauchern in einigen Mitgliedstaaten sowie Schwächen bei den Kontrollen auf den nachgelagerten Stufen der Wertschöpfungskette.



Diese externe Studie trägt zusammen mit den Antworten auf die entsprechende offene öffentliche Konsultation zur Gesamtbewertung der in der EU garantiert geschützten geografischen Angaben und traditionellen Spezialitäten bei.

[Pressemitteilung Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Studie über geografische Angaben und garantiert traditionelle Spezialitäten](#) (in englischer Sprache)

### **Abkommen zwischen der EU und China zum Schutz geografischer Angaben tritt in Kraft**

Am 01.03.2021 ist das bilaterale Abkommen zwischen der Europäischen Union und China zum Schutz geografischer Angaben (g.A.) in China und Europa in Kraft getreten. Das Abkommen schützt rund 200 europäische und chinesische Bezeichnungen für landwirtschaftliche Lebensmittel vor Nachahmung und Aneignung. Es bringt gegenseitige Handelsvorteile und macht die Verbraucher mit garantierten, authentischen Produkten aus zwei Regionen mit einer reichen kulinarischen und kulturellen Tradition bekannt.

Der chinesische Markt hat ein hohes Wachstumspotenzial für europäische Lebensmittel und Getränke. Im Jahr 2020 war China das dritt wichtigste Zielland für EU-Agrar- und Ernährungsprodukte, die zwischen Januar und November einen Wert von 16,3 Mrd. € erreichten. China ist auch das zweit wichtigste Zielland für EU-Exporte von g.A.-Erzeugnissen, die wertmäßig 9 % ausmachen, darunter Weine, landwirtschaftliche Lebensmittel und Spirituosen. Chinesische Verbraucher schätzen die Sicherheit, Qualität und Authentizität europäischer Agrarerzeugnisse.

[Abkommen zwischen EU und China zum Schutz geografischer Angaben](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission veröffentlicht Entwurf für delegierten Verordnung zu Etikettierungsvorschriften für Spirituosen**

Am 24.02.2021 hat die Kommission einen Entwurf für eine delegierte Verordnung zur Klarstellung der Etikettierungsvorschriften für bestimmte Mischungen und Verschnitte von Spirituosen veröffentlicht. Betroffen sind insbesondere solche Spirituosen, die zu verschiedenen geografischen Angaben (g.A.) gehören oder Spirituosen aus Verschnitten von g.A. mit Spirituosen, die keine g.A. aufweisen.

Rückmeldungen sind möglich bis 24.03.2021.

[Entwurf delegierte Verordnung](#)

### **Sieben Länder schließen Nutri-Score-Koalition**

Die zuständigen Lebensmittelbehörden Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs, der Niederlande, Spaniens und der Schweiz haben am 12.02.2021 eine Grundsatzvereinbarung geschlossen, um die Regierungen und Unternehmen bei der Einführung des Nutri-Scores zu unterstützen. In diesen sieben Ländern wurde der Nutri-Score bereits eingeführt. Die Vereinbarung umfasst die Gründung eines Lenkungsausschusses



und eines wissenschaftlichen Gremiums, das die Nutri-Score-Kennzeichnung begleiten und die ihr zugrundeliegenden Algorithmen bewerten soll. Für Deutschland ist das Max-Rubner-Institut (MRI) vertreten. Der Lenkungsausschuss und das wissenschaftliche Gremium haben bereits getagt.

Vor der Einführung des Nutri-Scores in Deutschland im November 2020 hatte das MRI für das BMEL verschiedene Kennzeichnungssysteme verglichen, nun untersucht die EU-Agentur für Lebensmittelsicherheit (EFSA) für die Kommission, welches Lebensmittel-Kennzeichnungssystem geeignet ist, Verbraucherinnen und Verbraucher dabei zu unterstützen, sich gesund und nachhaltig zu ernähren. Laut der Farm-to-Fork-Strategie soll in der EU bis Ende 2022 eine verpflichtende Nährwertkennzeichnung eingeführt werden. Einige Mitgliedstaaten, darunter Italien, zweifeln nach wie vor daran, dass Nutri-Score ein sinnvolles Kennzeichnungssystem darstellt. Ende dieses Jahres wird eine öffentliche Konsultation zur Nährwertkennzeichnung eröffnet werden. Das Gutachten der EFSA soll im Frühjahr 2022 vorliegen.

[Sieben Länder schließen Nutri-Score-Koalition](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

### Kommission veröffentlicht Richtlinienvorschlag zur Stärkung des Grundsatzes der Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen

Die Kommission hat am 04.03.2021 einen Richtlinienvorschlag zur Stärkung des Grundsatzes der Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen vorgelegt. Ziel der legislativen Maßnahme ist es, die Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt zu bekämpfen. Konkret dient die Initiative dazu, das in Europa bestehende Lohngefälle zwischen Männern und Frauen abzubauen. Dieses beträgt nach Angaben der Kommission nach wie vor etwa 14 %.

Hierzu sollen Arbeitnehmerinnen genauso wie Arbeitnehmer einen individuellen Auskunftsanspruch gegenüber ihrem Arbeitgeber erhalten, um beurteilen zu können, ob sie gegenüber ihren Kolleginnen bzw. Kollegen des anderen Geschlechts, die die gleiche oder gleichwertige Arbeit verrichten, diskriminiert werden. Größere Unternehmen mit mindestens 250 Mitarbeitern sollen zudem verpflichtet werden, bestimmte Informationen über Entgeltunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten öffentlich zugänglich zu machen. Ergibt diese Entgeltberichterstattung ein Lohngefälle von mindestens 5 % und kann der Arbeitgeber dieses nicht anhand objektiver geschlechtsneutraler Faktoren rechtfertigen, sollen Arbeitgeber mit mindestens 250 Arbeitnehmern in Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmervertretern zudem verpflichtet werden, eine gemeinsame Entgeltbewertung vorzunehmen. Dabei sollen die Entgeltstrukturen näher analysiert werden, verbunden mit dem Ziel gegebenenfalls Abhilfe zu schaffen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten zum Dossier](#)

[Richtlinientext](#)

### Kommission stellt Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte vor

Die Kommission hat am 04.03.2021 den bereits seit längerem angekündigten Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) vorgestellt. Darin schlägt die Kommission insbesondere drei Kernziele vor, die in den Bereichen Beschäftigung und Soziales bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts erreicht werden sollen. Zum einen will die Kommission, dass bis zum Jahre 2030 mindestens 78 % der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren erwerbstätig sind. Darüber hinaus sollen mindestens 60 % aller Erwachsenen jedes Jahr an einer Fortbildungsmaßnahme teilnehmen. Schließlich will die Kommission die Armut in Europa weiter bekämpfen: Die Anzahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen soll um mindestens 15 Millionen sinken.

Mit dem Aktionsplan werden darüber hinaus konkrete kurz- und mittelfristige Initiativen angekündigt, die zur Umsetzung der ESSR beitragen sollen. Noch in diesem Jahr ist beispielsweise eine legislative Maßnahme zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen derjenigen, die über digitale Plattformen arbeiten, geplant. Im Jahre



2022 will die Kommission einen Vorschlag für „Mindestsicherungssysteme“ in Europa machen; nach aktuellem Stand in der Form einer Empfehlung des Rates. Bis zum Jahre 2023 strebt die Kommission zudem die Einführung eines Europäischen Sozialversicherungspasses an, etwa um den Sozialversicherungsschutz grenzüberschreitend Beschäftigter durch nationale Behörden besser überprüfen zu können.

#### Hintergrund:

Europäisches Parlament, Rat und Kommission haben die ESSR auf dem Sozialgipfel in Göteborg im November 2017 proklamiert. Die ESSR enthält 20 Ziele und Grundsätze, etwa im Hinblick auf Aus- und Weiterbildung, Schutz bei Arbeitslosigkeit und Mindestsicherung. Die ESSR ist als solche daher rechtlich nicht verbindlich. Um weitere Umsetzungsmaßnahmen anzustoßen, sei es durch die Unionsgesetzgeber bzw. die Mitgliedstaaten, hat die Kommission nunmehr den hier vorliegenden Aktionsplan veröffentlicht.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten zum Aktionsplan](#)

[Aktionsplan](#)

### **Kommission präsentiert Empfehlungen zur aktiven Beschäftigungsförderung in der Folge der COVID-19-Krise**

Zusammen mit dem Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte hat die Kommission am 04.03.2021 Empfehlungen zu einer wirksamen aktiven Beschäftigungsförderung nach der COVID-19-Krise vorgelegt. Diese sind nach Darstellung der Kommission als Orientierungshilfe zu verstehen, um politische Maßnahmen mit vorhandenen Finanzmitteln zu kombinieren. Um die durch die Pandemie entstandenen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt zu bewältigen und den ökologischen und den digitalen Wandel erfolgreich zu meistern, sollen die Mitgliedstaaten beispielsweise nachhaltige Anreize schaffen, um hochwertige Arbeitsplätze in expandierenden Branchen zu fördern und um die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitskräfte zu unterstützen. Die Mitgliedstaaten sollten für die Entwicklung und Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen die auf EU-Ebene verfügbare Unterstützung im Rahmen der Strukturfonds nutzen, etwa des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+). Dabei müsse jedoch gewährleistet werden, dass es im Rahmen von EU-Programmen und -Instrumenten zu keiner Doppelfinanzierung komme.

[Empfehlung zur Beschäftigungsförderung](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission legt neue Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen vor**

Die Kommission hat am 03.03.2021 ihre neue Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen veröffentlicht. Ziel der neuen und auf der bisherigen Strategie 2010 - 2020 aufbauenden Zehnjahresstrategie ist die uneingeschränkte und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie der Schutz vor jeglicher Form von Diskriminierung und Gewalt. Sichergestellt werden soll darüber hinaus ein gleichberechtigter Zugang zu allen Gesundheitsdiensten sowie zum Arbeitsmarkt. Konkret will die Kommission





bis Ende 2023 u. a. einen Vorschlag für einen Europäischen Behindertenausweis für alle EU-Länder erarbeiten, der die gegenseitige Anerkennung des Behindertenstatus zwischen den Mitgliedstaaten erleichtern und Menschen mit Behinderungen bei der Wahrnehmung ihres Rechts auf Freizügigkeit unterstützen soll.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten der Kommission](#)

[Strategie](#)

### **Europäisches Parlament fordert für Menschen mit Behinderungen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt**

Das Europäische Parlament (EP) fordert die Institutionen der EU und die Mitgliedstaaten auf, das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umfassend umzusetzen. Dies geht aus einer EntschlieÙung hervor, die das EP am 10.03.2021 angenommen hat. Es gelte für alle Menschen einen inklusiven, barrierefreien und diskriminierungsfreien Arbeitsmarkt zu schaffen. Die Mitgliedstaaten sollten daher u. a. auf die Einführung verpflichtender „Diversitätsquoten“ für die Einstellung von Menschen mit Behinderungen hinarbeiten und Sanktionen bei Nichterfüllung vorsehen.

[EntschlieÙung](#)

### **Kommission veröffentlicht Bericht über die Gleichstellung der Geschlechter in der EU**

Die Kommission hat am 05.03.2021 einen Bericht über die Gleichstellung der Geschlechter in der EU im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie veröffentlicht. Zusammenfassend kommt die Kommission darin zu dem Ergebnis, dass sich die aktuelle Pandemie negativ auf die Gleichstellung von Mann und Frau ausgewirkt habe.

Die Mitgliedstaaten würden beispielsweise einen Anstieg häuslicher Gewalt verzeichnen, in Frankreich etwa um 32 % in der ersten Woche des Lockdowns. In den Sektoren, die am stärksten von der Krise betroffen seien (u. a. Einzelhandel, Gastgewerbe, Betreuungs-, und pflegerische Tätigkeiten), würden besonders viele Frauen arbeiten. Frauen hatten nach der teilweisen Erholung im vergangenen Sommer 2020 zudem größere Schwierigkeiten mit dem Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt, so die Kommission. So sei zwischen dem zweiten und dritten Quartal 2020 die Beschäftigungsquote der Männer um 1,4 % gestiegen, während die der Frauen lediglich um 0,8 % zulegen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Bericht](#) (in englischer Sprache)



### Arbeitslosenquote im Januar 2021 im Euroraum bei 8,1 % und in der gesamten EU bei 7,3 %

Wie die europäische Statistikbehörde Eurostat am 04.03.2021 mitteilte, lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum im Januar 2021 bei 8,1 % und blieb damit unverändert im Vergleich zu Dezember 2020. In der gesamten EU lag die Arbeitslosenquote der Meldung zufolge im Januar 2021 bei 7,3 %, ebenfalls unverändert im Vergleich zum Vormonat. Auch in Deutschland blieb die Arbeitslosenquote mit 4,6 % unverändert im Vergleich zu Dezember 2020.

Nach Schätzungen von Eurostat waren demnach im Januar 2021 in der Eurozone 13,28 Mio. und in der gesamten EU 15,66 Mio. Menschen arbeitslos.

Die saisonbereinigte Jugendarbeitslosigkeit lag im Januar 2021 in der gesamten EU bei unveränderten 16,9 % im Vergleich zu Dezember 2020. Im Euroraum sank diese leicht von 17,2 % auf 17,1 % im Vergleich zum Vormonat. In Deutschland sank sie um 0,1 Prozentpunkte auf 6,2 %.

[Pressemitteilung](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

---

### Coronavirus: Vierter Impfstoff erhält vorläufige EU-weite Zulassung

Die Kommission hat am 11.03.2021 dem Coronavirus-Impfstoff von Janssen Pharmaceutica N.V., einem Tochterunternehmen von Johnson & Johnson, eine vorläufige EU-weite Marktzulassung erteilt. Kurz zuvor hatte die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) eine entsprechende Zulassungsempfehlung zur Verwendung des Impfstoffs für Personen über 18 Jahre ausgesprochen.

Der Impfstoff von Johnson & Johnson ist der vierte in der EU vorläufig zugelassene Coronavirus-Impfstoff: Seit dem 21.12.2020 ist der gemeinsam von Pfizer und BioNTech entwickelte Impfstoff, seit dem 06.01.2021 der Impfstoff von Moderna und seit dem 29.01.2021 der gemeinsam von AstraZeneca und der Universität Oxford entwickelte Impfstoff vorläufig in der EU zugelassen (EB 02/21). Bei der EMA laufen zudem drei „Rolling Reviews“ zu den Coronavirus-Impfstoffen der Unternehmen Novavax (seit 03.02.2021) und CureVac (seit 12.02.2021) sowie zum Impfstoff „Sputnik V“ des russischen Gamaleya National Centre of Epidemiology and Microbiology (seit 04.03.2021).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung der EMA](#) (in englischer Sprache)

### Coronavirus: Kommission verlängert Genehmigungspflicht für Impfstoffexporte

Die Kommission hat am 11.03.2021 bekanntgegeben, dass die Genehmigungspflicht für Exporte von Coronavirus-Impfstoffen bis Ende Juni 2021 verlängert wird. Als Grund hierfür nannte sie andauernde Verzögerungen bei der Lieferung bestimmter Impfstoffe an die EU. Die Kommission teilte zudem mit, die EU bleibe dennoch ein weltweit führender Impfstoffexporteur. Seit Einführung der Genehmigungspflicht seien 249 Exportanfragen in 31 Staaten mit einem Gesamtvolumen von rund 34 Mio. Impfstoffdosen genehmigt worden, da sie die Erfüllung der Beschaffungsverträge der EU nicht gefährdeten. Bisher sei erst eine Exportgenehmigung verweigert worden.

Die Kommission hatte am 29.01.2021 einen zeitlich befristeten Transparenz- und Genehmigungsmechanismus für Exporte von Coronavirus-Impfstoffen und bestimmten Vorprodukten beschlossen (EB 02/21). Der entsprechenden Durchführungsverordnung der Kommission zufolge sollen die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten eine Genehmigung nur erteilen, wenn der geplante Export die Erfüllung der von der EU geschlossenen Impfstoffverträge nicht gefährdet. Ohne Genehmigung ist der Export verboten. Ausnahmen von der Genehmigungspflicht gelten u. a. für Exporte in bestimmte Staaten sowie Exporte für humanitäre Zwecke, etwa im Rahmen der COVAX-Fazilität.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



### **EuGH urteilt zur Besteuerung von Rabatten im Arzneimittelversandhandel**

Der EuGH hat mit Urteil vom 11.03.2021 (Rechtssache C-802/19) entschieden, dass eine in einem Mitgliedstaat niedergelassene Apotheke nicht zur Minderung ihrer Steuerbemessungsgrundlage berechtigt ist, wenn sie Lieferungen pharmazeutischer Produkte als von der Mehrwertsteuer befreite innergemeinschaftliche Lieferungen an eine gesetzliche Krankenkasse mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat erbringt und den bei dieser Krankenkasse versicherten Personen einen Rabatt gewährt.

Dem Urteil liegt ein Vorabentscheidungsersuchen des deutschen Bundesfinanzhofs zugrunde. Es ergeht im Rahmen eines Rechtsstreits zwischen einem deutschen Finanzamt und einer niederländischen Apotheke, die verschreibungspflichtige Arzneimittel aus den Niederlanden an gesetzlich und privat krankenversicherte Personen in Deutschland versandt hatte. Der EuGH gelangt zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen von Art. 90 der Mehrwertsteuerrichtlinie für eine Verminderung der Steuerbemessungsgrundlage nicht gegeben seien, da die klagende Apotheke nicht über eine Steuerbemessungsgrundlage verfüge, die Gegenstand einer Berichtigung sein könne.

[Urteil des EuGH vom 11.03.2021](#)

### **Coronavirus: Kommission gibt Vereinbarung mit BioNTech und Pfizer zur Lieferung zusätzlicher Impfstoffdosen bekannt**

Die Kommission hat am 10.03.2021 mitgeteilt, sie habe mit den Unternehmen BioNTech und Pfizer eine Vereinbarung über die Lieferung weiterer 4 Mio. Dosen des von beiden Unternehmen entwickelten Coronavirus-Impfstoffs geschlossen, die den Mitgliedstaaten für den Einsatz in Coronavirus-Hotspots angeboten werden sollen.

Der Kommission zufolge sollen die Impfstoffdosen den Mitgliedstaaten proportional zu ihrer Bevölkerung zum Kauf angeboten werden. Der Impfstoff soll bis Ende März geliefert werden und den derzeit zwischen den Mitgliedstaaten und BioNTech/Pfizer vereinbarten Lieferplan ergänzen. Mit den zusätzlichen Impfstoffdosen sollen insbesondere die Mitgliedstaaten, in denen bestimmte Regionen derzeit eine starke Zunahme von Infektionen und Krankenhausaufnahmen verzeichnen, bei ihren Bemühungen zur Bewältigung dieser Entwicklungen unterstützt werden.

[Pressemitteilung](#)

### **EuGH urteilt zu den Qualifikationsanforderungen für verantwortliche Personen in Blutspendeeinrichtungen**

Der EuGH hat mit Urteil vom 10.03.2021 (Rechtssache C-96/20) entschieden, dass die Richtlinie 2002/98/EG zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für den Umgang mit menschlichem Blut und



Blutbestandteilen einer nationalen Regelung nicht entgegensteht, die vorsieht, dass nur Inhaber eines Diploms in Medizin und in Chirurgie als verantwortliche Person einer Blutspendeeinrichtung benannt werden können.

Dem Urteil liegt das Vorabentscheidungsersuchen eines italienischen Gerichts zugrunde. Die Kläger des Ausgangsverfahrens beanstanden die Gültigkeit einer italienischen Regelung, wonach die verantwortliche Person einer Blutspendeeinrichtung über ein Diplom in Medizin und Chirurgie verfügen muss. Die Kläger vertreten die Auffassung, dass nach Art. 9 der Richtlinie 2002/98/EG auch Inhaber eines Diploms in Biowissenschaften Zugang zu entsprechenden Positionen erhalten müssten. Der EuGH sieht jedoch keinen Verstoß gegen die Richtlinie gegeben: Art. 9 der Richtlinie schreibe bestimmte Mindestqualifikationen für die verantwortliche Person einer Blutspendeeinrichtung vor. Die italienische Regierung habe nach Art. 4 der Richtlinie jedoch die Möglichkeit, strengere Regelungen zu erlassen, sofern diese das Unionsrecht ansonsten in jeder Hinsicht einhalten.

[Urteil des EuGH vom 10.03.2021](#)

### **Europäisches Parlament stimmt für das Gesundheitsprogramm „EU4Health“**

Das Europäische Parlament (EP) hat am 09.03.2021 der Programmverordnung zu „EU4Health“, dem neuen Gesundheitsprogramm im mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2021 - 2027, zugestimmt. Mit seiner EntschlieÙung bestätigt das EP die Einigung, die von den europäischen Mitgesetzgebern am 14.12.2020 im Rahmen der Trilog-Verhandlungen erzielt worden war (EB 20/20). Im nächsten Schritt muss auch der Rat der Verordnung noch formal zustimmen.

Die vom EP angenommene Programmverordnung zu „EU4Health“ regelt die Ziele des Programms, die Mittelausstattung und die Finanzierungsbestimmungen. Zu den spezifischen Programmzielen gehört die Unterstützung von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention, zur Stärkung der Krisenvorsorge und -reaktion der EU, die Unterstützung von Maßnahmen zur Verbesserung der Arzneimittelversorgung, die Förderung der Einführung digitaler Gesundheitsdienste und die Verbesserung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung. Die Mittelausstattung von „EU4Health“ für den Zeitraum 2021 - 2027 beträgt rund 5,1 Mrd. €.

[Angenommener Text](#)

[Pressemitteilung des EP](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Weiterführende Informationen zu „EU4Health“](#)

### **Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überprüfung des EU-Rechts über Quecksilber**

Die Kommission hat am 08.03.2021 eine Folgenabschätzung zur Vorbereitung einer Revision der Verordnung (EU) 2017/852 über Quecksilber vorgelegt (siehe auch Bericht des StMUV in diesem EB). Die Initiative verfolgt das Ziel, weitere Beschränkungen der Verwendung von quecksilberhaltigen Produkten, einschließlich eines



„Phase out“ von Dentalamalgam, auf EU-Ebene festzulegen. In der Folgenabschätzung wird im nächsten Schritt für das dritte Quartal 2021 die Einleitung einer öffentlichen Konsultation angekündigt. Ein Vorschlag zur Überarbeitung der Quecksilberverordnung soll 2022 vorgelegt werden.

Die Verordnung (EU) 2017/852 über Quecksilber enthält Regelungen über die Herstellung, Verwendung, Lagerung, den Handel und die Entsorgung von Quecksilber und quecksilberhaltigen Produkten. Ihr Ziel ist es, die Gesundheit des Menschen und die Umwelt vor anthropogenen Emissionen von Quecksilber und Quecksilberverbindungen zu schützen. Am 17.08.2020 hatte die Kommission bereits einen Bericht vorgelegt, in dem sie den schrittweisen Ausstieg aus der Verwendung von Dentalamalgam als technisch und wirtschaftlich vor 2030 machbar einschätzte (EB 14/20).

[Folgenabschätzung](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Evaluierung der Badegewässerrichtlinie**

Die Kommission hat am 04.03.2021 einen Fahrplan zur Evaluierung der Richtlinie 2006/7/EG über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung vorgelegt (siehe auch Bericht des StMUV in diesem EB). Zu den Aspekten, die im Rahmen der Evaluierung untersucht und in der Folge möglicherweise geändert werden sollen, gehören der Anwendungsbereich der Richtlinie, die Parameterwerte für die Badegewässerqualität (im Vergleich zu den neuesten Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation), das Klassifizierungssystem für die Badegewässerqualität und die Bereitstellung von Informationen für die Öffentlichkeit. Im nächsten Schritt ist – im zweiten Quartal 2021 – die Einleitung einer öffentlichen Konsultation geplant. Die Evaluierung insgesamt soll 2023 abgeschlossen sein.

Die Richtlinie 2006/7/EG enthält Bestimmungen für die Überwachung und Einstufung der Qualität von Badegewässern, die Bewirtschaftung der Badegewässer hinsichtlich ihrer Qualität und die Information der Öffentlichkeit über die Badegewässerqualität. Art. 14 Abs. 3 der Richtlinie sieht vor, dass die Kommission die Richtlinie – unter anderem im Hinblick auf die Parameter für die Badegewässerqualität – überprüfen und soweit erforderlich einen Gesetzgebungsvorschlag zur Änderung der geltenden Vorschriften vorlegen muss.

[Fahrplan](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission stellt Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte vor**

Die Kommission hat am 04.03.2021 einen Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte vorgelegt (siehe auch Bericht des StMAS in diesem EB). Im Hinblick auf den Gesundheits- und Pflegebereich kündigt die Kommission in dem Aktionsplan unter anderem an, im Jahr 2022 einen Rahmen zur Unterstützung von Reformen im Bereich der Langzeitpflege vorzulegen. Die Kommission ermutigt die Mitgliedstaaten zudem zu verstärkten Investitionen für die Beschäftigten des Gesundheitswesens, zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und des Zugangs zu Aus- und Fortbildungen. Ferner sollen die Mitgliedstaaten die Digitalisierung ihrer Gesundheitssysteme vorantreiben und Ungleichheiten im Gesundheitsbereich angehen.



Kommission, Rat und Europäisches Parlament hatten am 17.11.2017 eine interinstitutionelle Proklamation der Europäischen Säule sozialer Rechte unterzeichnet (EB 19/17). Die Europäische Säule sozialer Rechte ist ein Kodex zur Verwirklichung eines starken, sozialen Europas, der aus 20 nicht rechtsverbindlichen Grundsätzen in den Bereichen Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen sowie Sozialschutz und soziale Inklusion besteht. Zu diesen Grundsätzen gehören auch eine rechtzeitige, hochwertige und bezahlbare Gesundheitsvorsorge und Heilbehandlung sowie bezahlbare und hochwertige Langzeitpflegedienste.

[Aktionsplan](#)

[Pressemitteilung](#)

### **EuGH urteilt zur Mehrwertsteuerpflicht von Dienstleistungen im Bereich des Ernährungscoachings**

Der EuGH hat mit Urteil vom 04.03.2021 (Rechtssache C-581/19) entschieden, dass eine Dienstleistung im Bereich des Ernährungscoachings, die von einer zertifizierten und befähigten Fachkraft in Fitnessstudios im Rahmen von Programmen erbracht wird, die auch Dienstleistungen im Bereich des körperlichen Wohlbefindens und der körperlichen Fitness umfassen, eine eigene und selbständige Leistung darstellt und nicht unter die in Art. 132 Abs. 1 Buchst. c der Mehrwertsteuerrichtlinie 2006/112/EG vorgesehene Befreiung von der Mehrwertsteuerpflicht fallen kann.

Dem Urteil liegt ein Rechtsstreit vor portugiesischen Gerichten wegen eines Steuernacherhebungsbescheids gegenüber einer Gesellschaft, die Dienstleistungen des Ernährungscoachings und der Ernährungsberatung durch eine zertifizierte Fachkraft sowie Dienstleistungen im Bereich der körperlichen Fitness anbietet, zugrunde. Der EuGH gelangt nach Prüfung der Vorlagefragen zu dem Ergebnis, der Steuerbefreiungstatbestand in Art. 132 Abs. 1 Buchst. c der Richtlinie 2006/112/EG für „Heilbehandlungen im Bereich der Humanmedizin“ sei nicht anwendbar.

[Urteil des EuGH vom 04.03.2021](#)

### **Kommission startet strukturierten Dialog zur Stärkung der Wertschöpfungskette für die Arzneimittelherstellung**

Die Kommission hat am 26.02.2021 einen strukturierten Dialog mit Arzneimittelherstellern, der Europäischen Arzneimittel-Agentur, Vertretern der Mitgliedstaaten, Interessensvertretungen der Patienten und Heilberufsangehörigen sowie Forschungsvertretern gestartet (siehe auch Bericht des StMWi in diesem EB). Ziel der Initiative ist es, die Widerstandsfähigkeit der pharmazeutischen Lieferketten zu stärken und Produktionskapazitäten für kritische Wirkstoffe, Rohmaterialien und Arzneimittel auszubauen. Das nächste Treffen im Rahmen des strukturierten Dialogs ist für den 25.03.2021 geplant.

Der strukturierte Dialog ist eine Initiative aus der am 25.11.2020 vorgestellten Arzneimittelstrategie für Europa (EB 19/20). Der Strategie zufolge soll in der ersten Phase des strukturierten Dialogs ein besseres Verständnis





der Funktionsweise globaler Lieferketten erlangt und potenzielle Schwachstellen ermitteln werden. In einer zweiten Phase soll der strukturierte Dialog dazu dienen, eine Reihe möglicher Maßnahmen zur Beseitigung der ermittelten Schwachstellen vorzuschlagen, die von der Kommission und anderen Behörden in der EU zu prüfen sind, um die Versorgungssicherheit und die Verfügbarkeit kritischer Arzneimittel, pharmazeutischer Wirkstoffe und Rohstoffe zu gewährleisten.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Weiterführende Informationen zum strukturierten Dialog](#) (in englischer Sprache)

### **EuGH urteilt zum partiellen Zugang zu Gesundheitsberufen in anderen Mitgliedstaaten**

Der EuGH hat mit Urteil vom 25.02.2021 (Rechtssache C-940/19) entschieden, dass die Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen nationalen Rechtsvorschriften nicht entgegensteht, nach denen die Möglichkeit eines partiellen Zugangs zu einem Beruf eröffnet wird, der unter den in der Richtlinie vorgesehenen Mechanismus der automatischen Anerkennung von Berufsqualifikationen fällt.

Dem Urteil des EuGH liegt ein Vorabentscheidungsersuchen eines französischen Gerichts zugrunde. Das Ausgangsverfahren zwischen mehreren Berufsorganisationen des Gesundheitssektors und der französischen Regierung betrifft die Europarechtskonformität von Vorschriften des französischen Rechts, wonach die Möglichkeit eines partiellen Zugangs auch zu Gesundheitsberufen besteht, für die der Mechanismus der automatischen Anerkennung von Berufsqualifikationen gilt. Unter Einbeziehung von Wortlaut, Entstehungsgeschichte und Systematik der Richtlinie 2005/36/EG, insbesondere ihres Art. 4f, gelangt der EuGH zu der Auffassung, dass die Richtlinie der französischen Regelung nicht entgegenstehe.

[Urteil des EuGH vom 25.02.2021](#)

[Pressemitteilung](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

---

### Kommission stellt Digitalen Kompass 2030 vor

Die Kommission hat am 09.03.2021 ihre [Mitteilung](#) „Digitaler Kompass 2030: Europäischer Weg für die Digitale Dekade“ vorgestellt. Darin schlägt sie einen Rahmen für Digitalgrundsätze und messbare Ziele für einen erfolgreichen digitalen Wandel bis zum Jahr 2030 samt Governance-Rahmen zur Überwachung der Fortschritte vor.

Die Digitalgrundsätze wie z. B. universeller Zugang zu hochwertiger Konnektivität und zu öffentlichen Diensten sollen in einer interinstitutionellen Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission verankert werden.

Mit dem Digitalen Kompass schlägt die Kommission messbare Ziele in vier Bereichen vor: digital befähigte Bevölkerung und Fachkräfte, digitale Infrastrukturen, digitaler Umbau der Unternehmen und Digitalisierung der öffentlichen Dienste. Ziel ist beispielsweise, dass es bis 2030 250 „Einhörner“ (Start-ups mit einem Wert von 1 Mrd. \$) in der EU geben soll oder dass 80 % der Bürger und Bürger eine eID-Lösung nutzen sollen. Die Kommission will jährlich einen Bericht veröffentlichen, der „Ampeln“ für die Fortschritte der EU und der Mitgliedstaaten bei der Erfüllung der Digitalziele für 2030 und Vorschläge zur Behebung eventueller Mängel enthält. Nächster Schritt sind nun Konsultationen und im dritten Quartal 2021 der Vorschlag für ein politisches Programm für die praktische Umsetzung des Digitalen Kompasses, das von Europäischem Parlament und Rat gemeinsam angenommen werden soll.

[Pressemitteilung der Kommission](#) mit weiterführenden Links

### Zwei EU-geförderte Filme auf der Berlinale ausgezeichnet

Zwei aus dem EU-Programm Kreatives Europa geförderte Filme wurden auf der 71. Berlinale ausgezeichnet. Der Silberne Bär für die Beste Regie wurde an *Dénes Nagy* für „Natural Light“ verliehen. Der Spezialpreis der Jury ging an „Taste“ von *Lê Bảo*. Insgesamt waren [neun EU-geförderte Filme und Serien nominiert](#). Entwicklung und Koproduktion der Werke waren mit über 750 000 € aus dem Programm Kreatives Europa unterstützt worden.

### Europäischer Datenschutzbeauftragter: Ergänzungen und Klarstellungen für den Verordnungsvorschlag zu Daten-Governance

Der Europäische Datenschutzbeauftragte und der Europäische Datenschutzausschuss haben eine gemeinsame Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag zu Daten-Governance (DGA) abgegeben. Sie erkennen darin das legitime Ziel des DGA an, die Bedingungen für den Datenaustausch im Binnenmarkt zu verbessern. Der Wortlaut des DGA müsse aber unmissverständlich klarstellen, dass er weder das Schutzniveau



für personenbezogene Daten beeinträchtigt, noch die in Datenschutzgesetzen festgelegten Rechte und Pflichten verändere. Zudem bedürften die Modalitäten, nach denen Datenmittler Einzelpersonen bei der Ausübung ihrer Rechte unterstützen können, der weiteren Klarstellung. Datenaltruismus müsse so gestaltet werden, dass Einzelpersonen nicht nur einfach ihre Zustimmung geben, sondern auch entziehen könnten. Statt einer rein deklaratorischen Registrierung für Datenmittler und Datenaltruismus-Organisationen bedürfe es eher eines Verhaltenskodex oder eines Zertifizierungsmechanismus.

[Pressemitteilung des Europäischen Datenschutzbeauftragten](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission unterstützt drei deutsche Digitalprojekte der öffentlichen Verwaltung**

Die Kommission hat am 02.03.2021 [bekannt gegeben](#), dass drei deutsche Digitalprojekte der öffentlichen Verwaltung ausgewählt wurden zur Förderung durch das neue Instrument für technische Unterstützung. Bei den ausgewählten Projekten geht es um die Stärkung der digitalen Kompetenz in der öffentlichen Verwaltung, die Digitalisierung der Verfahren in der Finanzaufsicht und die Digitalisierung der lokalen Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger durch moderne Technologie. Die Förderung besteht nicht aus Geld, sondern aus Fachwissen und Beratung. Die Umsetzung der Reformen muss von den Mitgliedstaaten selbst oder aus anderen EU-Förderprogrammen finanziert werden.